

Die Kontaktstelle für Arbeitslose

**Selbstverwaltet, selbstorganisiert
und nahe bei den Betroffenen**

Florian Oegerli

1., ~~24.4. 18⁰⁰~~ ~~im Restaurant Harmonie~~
~~Petersgraben 71~~
1., ~~25.4. 14⁰⁰~~ ~~Harmonie~~

Die Kontaktstelle für Arbeitslose

Selbstverwaltet, selbstorganisiert
und nahe bei den Betroffenen

Autor: Florian Oegerli
April 2017, Basel

Grafik: Noé Herrmann, amigobusiness.ch
Druck: Druckkollektiv Phönix, Basel

Alle Bilder stammen aus dem Archiv der
Kontaktstelle

Kontaktstelle
für
Arbeitslose

Klybeckstrasse 95, 4057 Basel

Inhalt

Vorwort	4
1. Die Anfänge	6
1.1. Entstehung des Arbeitslosenkomitees	7
1.2. Umgang mit Arbeitslosigkeit in den Achtzigern	14
1.3. Einblick in die damalige Beratungspraxis	16
1.4. Dynamik im Team der Beratungsstelle	17
2. Krise und Engagement: die Neunziger	19
2.1. Die Wirtschaftskrise der Neunziger	19
2.2. Neuausrichtung der Kontaktstelle und neue Selbsthilfeprojekte	22
2.2.1. Von der Arbeitslosenzeitung „Stempelkissen“ zur „Surprise“	25
2.2.2. Das Kunstprojekt ALPS	29
2.2.3. Druckereigenossenschaft Phönix	32
2.2.4. Das Café philo.sophes	34
2.2.5. Geschenktauschaktion	36
3. Digitalisierung, neue Herausforderungen: von den Nullerjahren bis heute	38
3.1. Armutskonferenz von unten	38
3.2. Gesundheitstage	43
3.3. Stadthelfer & Koop	45
3.4. Schlemmergarten	47
3.5. Die Kontaktstelle für Arbeitslose heute	50
3.6. Einblick in die aktuelle Beratungsarbeit der Kontaktstelle: Interview mit Cathérine Merz, Beraterin im integrativen Verfahren	52

Vorwort

Bis in die Achtzigerjahre war die Arbeitslosigkeit in der Schweiz ein – jedenfalls, wenn man den Medien und der Politik glaubte – fremdes, ja beinahe „unschweizerisches“ Phänomen. Daher wurde die obligatorische Arbeitslosenversicherung auch vergleichsweise spät eingeführt: nämlich erst 1977. In den beiden Nachbarländern Frankreich und Deutschland gab es sie da bereits seit Jahrzehnten. Die Strukturen der Versicherung waren bescheiden und die Behörden schlecht auf einen Anstieg der Erwerbslosigkeit vorbereitet. Das sollte sich bereits Mitte der Achtzigerjahre rächen. 1984 kam es in der Schweiz, vor allem im Raum Basel-Stadt, zu einer grösseren Krise. Insbesondere im Niedriglohnsektor stieg die Arbeitslosigkeit massiv an. Das Arbeitsamt war überfordert, sodass die Warteschlangen vor dem Amt von Tag zu Tag länger wurden. Die damalige Lage der Erwerbslosen war aber auch sonst in mehrfacher Hinsicht aufreibend: Nicht nur war der Arbeitsmarkt ausgetrocknet, auch die Bezugsdauer für die Taggelder war damals viel kürzer. Immer wieder verloren Menschen, die noch mitten in der Stellensuche steckten, auf einen Schlag die finanzielle Unterstützung. Viele Erwerbslose protestierten gegen diese unhaltbaren Zustände. In mehreren Schweizer Städten schlossen sich Arbeitslose zusammen und gründeten Arbeitslosenkomitees und Selbsthilflein-

itiativen. Auch in Basel stellten mehrere Erwerbslose zusammen ein Arbeitslosenkomitee auf die Beine. So wollten sie ihre Probleme thematisieren und die Öffentlichkeit sensibilisieren. Durch verschiedene Selbsthilfeprojekte konnten sie ihre persönliche Ohnmacht gemeinsam überwinden. Der Verein „Kontaktstelle für Arbeitslose“, der damals aus dem Arbeitslosenkomitee entstand, war eines dieser Projekte. In dieser unabhängigen Rechtsberatungsstelle, die bald schon von VertreterInnen kirchlicher und sozialer Institutionen unterstützt wurde, halfen Erwerbslose anderen Erwerbslosen, zu ihrem Recht zu kommen. Die Beratungsstelle war immer sehr gut besucht. Als nach einigen Jahren die Krise abebbte, verschwanden zwar einige Projekte des Arbeitslosenkomitees. Die Kontaktstelle dagegen blieb, denn die Nachfrage nach den Beratungen blieb gross. Bereits Anfang der Neunziger kam es erneut zu einer Krise. Sie fiel um einiges schlimmer aus als die vorherige: Zehntausende Stellen wurden abgebaut, Menschen aus allen Branchen waren betroffen. Die Arbeitslosenrate schnellte teilweise auf über sechs Prozent hoch. Die Kontaktstelle reagierte prompt auf diese Veränderungen. Das Team lancierte zusammen mit Basler Arbeitslosen einen bunten Strauss von Selbsthilfeprojekten. Dabei kam es unter anderem zur Grün-

dung der Arbeitslosenzeitung „Stempeln“, aus der später die heute weitem bekannte „Surprise“ werden sollte. Auch als ab 1996 schweizweit die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) entstanden, blieb die Kontaktstelle ihren Prinzipien und Werten treu. Die Nachfrage nach den Beratungen war auch nach 1996 gross – und ist es bis heute geblieben. Für Langzeitarbeitslose ist die Kontaktstelle eine wichtige Stütze. Das Beratungsteam bietet Beratung aus einer Hand und ohne Zeitlimit an. Die Anzahl Sitzungen richtet sich nach den Bedürfnissen der Arbeitslosen. Viele Menschen, die in die Beratung kommen, haben ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt, indem sie in zermürbenden Arbeitssituationen ausgeharrt haben. Mit verschiedenen Projekten versucht das Team der Kontaktstelle, die Gesundheit dieser Menschen im Rahmen seiner Möglichkeiten zu stabilisieren. Zum Beispiel mit den Gesundheitstagen, gemeinsamen Bildungswanderungen in der freien Natur, aber auch mit dem Schlemmergarten, einem Gemeinschaftsgartenprojekt. Obwohl sie vor über dreissig Jahren gegründet worden ist, braucht es die Kontaktstelle so dringend wie eh und je. In Zeiten, in denen den Sozialbehörden immer weniger Mittel und Ressourcen zur Verfügung stehen, sind unabhängige und niederschwellige Beratungsstellen umso wichtiger.

Ab Sommer 2017 wird die Kontaktstelle von einem neuen Team geführt. Zwei Menschen, die die Beratungsstelle schon früh begleiteten, werden diese verlassen: Hans-Georg Heimann war 1984 Gründungsmitglied des „Arbeitslosenkomitees Basel“ (AKB) und hat einen Grossteil seines Erwerbsleben in den Aufbau der Kontaktstelle, in die Beratung und diverse Selbsthilfeprojekte gesteckt. Claudia Studer fand 1997 den Weg in die Kontaktstelle und übernahm wichtige Hintergrundarbeit, wie die Kommunikation und die Akquise von Geldern, das Sekretariat sowie die Koordination von Projekten wie beispielweise dem „Frauenhandbuch“. Ohne Claudia Studer, die dafür sorgte, dass die Kontaktstelle langfristig sicher aufgestellt war und öffentlich wahrgenommen wurde, gäbe es die Kontaktstelle in ihrer heutigen Form vermutlich nicht. Dieser Wechsel war der Anlass, zurückzublicken und über 30 Jahre Erfahrungen im Umgang mit Arbeitslosen und Armutsbetroffenen Revue passieren zu lassen. Diese Publikation erzählt, wie die Kontaktstelle zu dem wurde, was sie heute ist: ein fester Bestandteil des sozialen Basels, zwar etabliert, aber so unbequem und eigenständig wie in den Achtzigerjahren.

Claudia Studer und das Frauenhandbuch am 1. Mai 2002.



Die Anfänge

Ciba-Geigy pflückt die Früchte
Roche: Gratis-PS im Wert von 100 000 Fr.
Sandoz hat Personalkosten im Griff
Mehr Gewinn
Roche-Euphorie
mehr Dividende
Mit weniger Personal mehr Umsatz

- 1% DER DIVIDENDE VON CIBA-GEIGY AN DIE ARBEITSLSEN
- GEGEN ARBEITSPLATZABBAU IN CHEMIE UND STAAT
- ARBEITSZEITVERKUERZUNG JETZT

IBM

KUNDGEBUNG VOR DER CIBA-GEIGY GENERALVERSAMMLUNG MANIFESTATIONE:
DO: 10.5.84 10⁰⁰UHR
ST, JACKOB-SPORTHALLE

NÄCHSTE VOLLVERSAMMLUNG:
LA PROSSIMA ASSEMBLEA GENERALE: 14.5.84 20⁰⁰ UHR
GRUP ÇALISMALARI ISE: GEWERKSCHAFTSHAUS, REBGASSE 1

ARBEITSLSENKOMITEE · BASEL, DRAHTZUGSTRASSE 30 TEL.: 26 36 4

Aufruf Kundgebung 1984

1.1. Entstehung des Arbeitslosenkomitees

1984 war ein bewegtes Jahr. Der amerikanische Präsident Ronald Reagan verkündete bei einer Mikrofon-Sprechprobe, die Sowjetunion bombardieren zu wollen. Kurze Zeit später entschuldigte er sich für den „kleinen Scherz“. In Liechtenstein wurde endlich das Frauenstimmrecht beschlossen, in Deutschland und Luxemburg begann mit Sat.1 und RTL die Ära des Privatfernsehens, während in der Schweiz nicht nur eine Mehrheit dafür stimmte, weiterhin Atomkraftwerke zu bauen, sondern es auch zu einer Wirtschaftskrise kam.

Besonders betroffen war die Region Basel, wo die Arbeitslosigkeit stark angestiegen war. Das Arbeitsamt zeigte sich überfordert. Man war nicht auf eine so hohe Zahl von Erwerbslosen eingestellt und tat sich schwer im Umgang mit ihnen. Dazu kam eine Neuerung: Unter den Arbeitslosen befanden sich erstmals viele AusländerInnen. Dies lag an einer neuen Regelung. Bis kurz zuvor hatten arbeitslose AusländerInnen ihr Aufenthaltsrecht verloren und wurden in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt. Die südeuropäischen Länder hatten sich zu Recht über dieses Vorgehen beklagt. Sie hatten bemängelt, es sei äusserst unfair, dass die Schweiz günstige ausländische Arbeitskräfte importiere, sie aber wieder

exportiere, sobald sie arbeitslos geworden waren. Nachdem der internationale Druck (ähnlich wie später beim Bankgeheimnis) immer grösser geworden war, hatte die Eidgenossenschaft diese Politik Anfang der Achtzigerjahre geändert. Ausländische Erwerbslose durften nun auch Tagelöhner beiziehen. Darauf war das Arbeitsamt jedoch nicht vorbereitet. So waren die Formulare, welche die Erwerbslosen ausfüllen mussten, nur auf Deutsch erhältlich. Auf dem Amt gab es niemanden, der die Kapazitäten oder den Willen hatte, den italienisch-, spanisch- oder türkischsprachigen Arbeitslosen beim Ausfüllen zu helfen.

Auch sonst wurden die Schlangen vor dem Arbeitslosenamt immer länger. Das lag nicht nur am Personalmangel beim Amt und dem raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit, sondern auch an der damaligen Regelung. Damals mussten die Arbeitslosen dreimal pro Woche stempeln gehen. Das raubte ihnen Zeit, die sie für die Stellensuche hätten aufwenden können. Ein unerwarteter Nebeneffekt des stundenlangen Wartens war aber, dass die Arbeitslosen miteinander ins Gespräch kamen. Den Erwerbslosen wurde dabei klar, dass sie alle mit denselben Problemen kämpften. Das riss sie aus ihrer Vereinzelung und sie erkannten, dass sie gemeinsam stärker waren. Es herrschte ein Klima der Hilfsbereitschaft und

Solidarität. SchweizerInnen unterstützten diejenigen anderer Muttersprache beim Ausfüllen der Formulare. Trotz der angespannten finanziellen Lage herrschte eine Aufbruchsstimmung. Man wollte aktiv werden, sich engagieren und politisch agieren. Dadurch würde sich die Lage, so die Überzeugung, schnell bessern. Eine Gruppe von Freunden, die sich zuvor in der Anti-AKW-Bewegung engagiert hatten und sich nun vor dem Arbeitsamt wiederfanden, schloss sich zusammen. Darunter war auch Hans-Georg Heimann, der zuvor als Chemikant und als Kindergärtner gearbeitet hatte, nun aber stellenlos geworden war. Die Gruppe traf sich regelmässig in der Wohnung eines ebenfalls erwerbslosen Filmers. Bald schon kam die Idee auf, das „Arbeitslosenkomitee Basel“ (AKB) zu gründen, um den Anliegen der Basler Erwerbslosen Gehör zu verschaffen. Es galt, schnell zu handeln: Bis Ende April 1984 sollten 600 bis 1000 Arbeitslose ausgerechnet werden. Das AKB forderte deshalb, die Bezugszeit für die Taggelder zu verlängern, die damals mit 85 Taggelder (heute: 260, 400 oder 520 Taggelder je nach Alter und vorangehender Arbeitsdauer) sehr kurz war. Erst wollte man die Basler Arbeitslosen aber miteinander vernetzen. Zu diesem Zweck organisierten die Freunde eine grosse Gründungsveranstaltung.

Die Sache selbst in die Hand nehmen

Man druckte ein Flugblatt, auf dem sowohl das Arbeitsamt wie die grossen Basler Firmen anklagt wurden, mietete einen geräumigen Saal an der Hammerstrasse und lud zum Treffen am 16. April 1984. Die Einladungen wurden auch auf Türkisch und Spanisch verteilt. Die ausländischen Erwerbslosen sollten miteinbezogen werden, denn gerade sie waren besonders von der Diskriminierung betroffen. Bereits diese Veranstaltung konnte eine grosse Zahl Erwerbsloser mobilisieren. Mindestens achtzig fanden den Weg an die Hammerstrasse – viele davon aus der Türkei, Jugoslawien oder Spanien. In der Erinnerung von Hans-Georg Heimann war die Atmosphäre damals „sehr multikulturell“, die Stimmung der Arbeitslosen kämpferisch und optimistisch. Zusammen mit den anwesenden Erwerbslosen formulierte das AKB mehrere grundlegende Forderungen an das Arbeitsamt. Neben der erwähnten Verlängerung der Taggeldbezugsdauer verlangte das AKB, dass die wichtigsten Formulare auf Türkisch und Italienisch übersetzt wurden. Auch wurden mehr Umschulungs- und Weiterbildungsangebote gefordert sowie eine unabhängige Informations- und Beratungsstelle. Das Arbeitsamt ging auf diese Forderungen nicht ein. Zwar behauptete es, beim BIGA (Bundesamt für Industrie, Gewerbe

und Arbeit) einen Antrag auf Verlängerung der Stempelzeit zu stellen. Als das AKB jedoch nach mehreren ereignislosen Monaten beim Bundesamt nachfragte, wusste dieses nichts von einem Antrag aus Basel.

Als immer klarer wurde, dass die Behörden nicht bereit waren, etwas zu ändern, beschloss das AKB, die Sache selbst in die Hand zu nehmen und die Beratungsstelle sowie verschiedene Weiterbildungsangebote in eigener Regie zu organisieren. Dazu teilte sich das Komitee in Arbeitsgruppen auf. Die Arbeitsgruppe Politik führte Demonstrationen durch und unterstützte zum Beispiel die streikenden Arbeiterinnen der Zentralwäscherei. Andere Gruppen waren für arbeitslose AusländerInnen, Notstandsarbeit oder Um- und Weiterbildung zuständig. Eine Gruppe um Hans-Georg Heimann, Johanna Zumsteg und Sadik Künsne mietete im Juni 1984 einen Bauwagen, schrieb ihn mit „Arbeitslosenkomitee“ an und stellte einige Tische und Stühle hinein. Diesen Wagen liess das AKB daraufhin vor das Arbeitsamt fahren – unbewilligt. In diesem Wagen lag den ganzen Juni über ein leeres Buch auf. Jede und jeder Arbeitslose war eingeladen, die eigene Geschichte sowie die oftmals bedrückenden Erfahrungen im Umgang mit dem

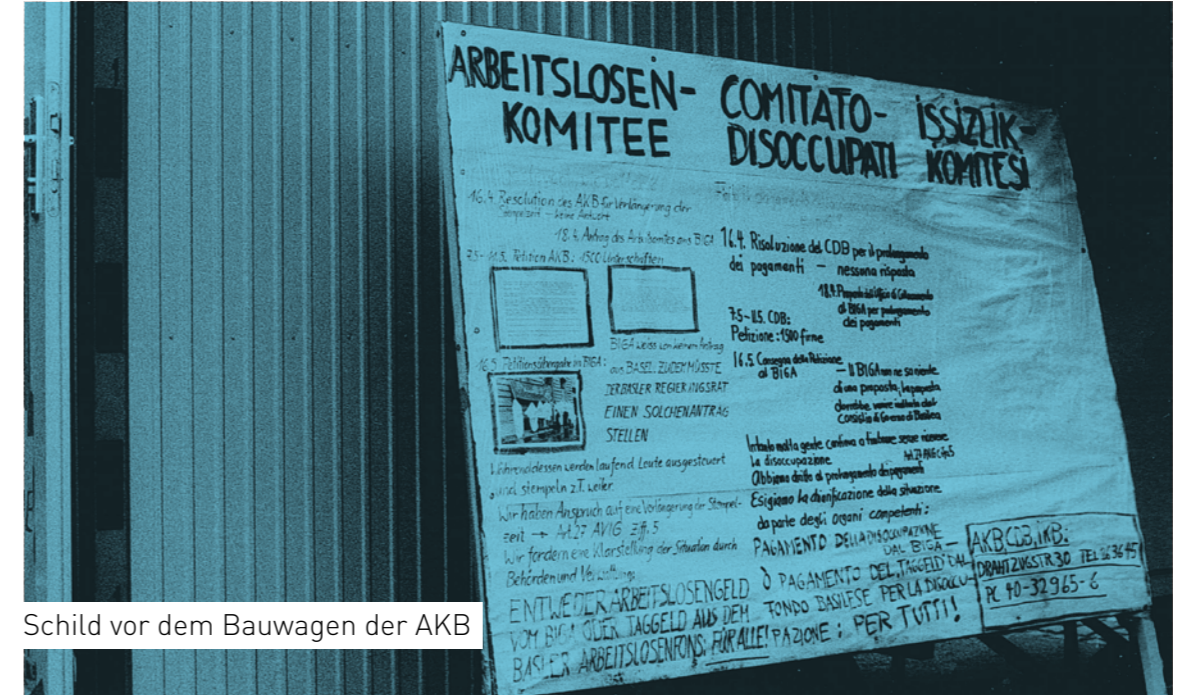
Probleme von unten statt von oben lösen

Arbeitsamt darin einzutragen. Noch vor Monatsende war so viel Material zusammengekommen, dass man sich entschloss, das Basler Arbeitsamt damit zu konfrontieren, um ihm den Ernst der Lage bewusst zu machen.

Das AKB legte Remo Gysin, dem damaligen Chef des Amtes, die gesammelten Geschichten vor. Gysin, der mit den Anliegen des Komitees sympathisierte, versprach, diese Probleme zu lösen. Daraufhin schlug das AKB ihm vor, selbst eine unabhängige Beratungsstelle zu gründen, um den Arbeitslosen beim Ausfüllen der Formulare und sonstigen behördlichen Problemen zu helfen. Denn niemand könne die Probleme von Erwerbslosen so gut verstehen wie andere Erwerbslose, war das AKB überzeugt. Eine Beratungsstelle, in der Betroffene andere Betroffene beraten, war eine Form der Selbsthilfe. Die Haltung, die hinter diesem Denken steckt, macht die Kontaktstelle noch heute aus: Probleme von unten statt von oben zu lösen. Das AKB schlug dem Chef des Amtes vor, die Beratungsstelle gleich im Bauwagen unterzubringen, der bereits vor dem Arbeitsamt stand. Eine provokative Idee: Dadurch würden die Mitarbeiter des Arbeitsamtes jeden Morgen sehen, dass es auch anders ging: selbstverwaltet, selbstorganisiert und nahe bei den Betroffenen.



Beratung in der Baracke



Schild vor dem Bauwagen der AKB

Das AKB hatte Glück: Der Chef des Arbeitsamtes war einverstanden. Allerdings kostete der Bauwagen 250 Franken Miete im Monat, damals eine grössere Summe als heute, die sich das AKB nicht leisten konnte. So schien die unabhängige Beratungsstelle gescheitert, bevor sie überhaupt begonnen hatte. Bis jemand auf die Idee kam, beim Bauamt nach Containern zu fragen. Tatsächlich: Das Amt konnte dem AKB einen unbenutzten Bauwagen zur Verfügung stellen, der jedoch in Birsfelden stand. Nach einigen Diskussionen

beschloss das Komitee kurzerhand, ihn dort abzuholen und direkt vor das Arbeitsamt zu fahren. Niemand dachte daran, vorher beim Arbeitsamt um Erlaubnis zu fragen. Dort hatte sich die Situation geändert. Der Chef des Arbeitsamtes war zum Regierungsrat gewählt worden und hatte seinen Posten abgegeben. Dazu kam, dass sich das im selben Gebäude wie das Arbeitsamt beheimatete Einigungsamt querstellte. Erneut drohte der Plan für eine unabhängige Beratungsstelle zu scheitern. Denn

Schritt für Schritt eignete sich das Beratungsteam in wöchentlichen Fallbesprechungen mit JuristInnen das nötige Fachwissen an.

ohne einen festen Standort, zeigt sich Hans-Georg Heimann rückblickend überzeugt, wäre die Energie bald verpufft und das AKB hätte sich wieder aufgelöst. Die Hilfe kam von aussen in Gestalt mehrerer Gewerkschaften und des Industriepfarramts, namentlich des damaligen Industriepfarrers Joseph Bieger. Das Industriepfarramt hatte selbst geplant, eine unabhängige Beratungsstelle anzubieten. Nun entschloss es sich, das AKB in zweifacher Hinsicht zu unterstützen: finanziell, indem es dem Komitee das Büromaterial sponserte, organisatorisch, indem es zwischen dem Amt und dem Komitee vermittelte. Somit durfte der Bauwagen vorerst bleiben. Und nicht nur das: Dank der Unterstützung des Industriepfarramts konnte eine bezahlte Notstandsstelle in der Beratung eingerichtet werden. Das war auch bitter nötig, denn Arbeitslose fluktuieren. Wenn sie eine Stelle finden, können sie sich von einem Tag auf den andern nicht mehr beteiligen. Die bezahlte Teilzeitstelle verringerte den Druck für die Beraternen ungemein. Der städtische Lohn für die Beratungsstelle fiel so grosszügig aus, dass die drei Beratenden (Kurt Schaad, Sadik Künsne und Hans-Georg Heimann) beschlossen, ihn zu teilen. Kurze Zeit später wurde die Stelle auf zwei Jahre verlängert. In der Beratungspraxis zeigte sich bald,

Ohne einen festen Standort, wäre die Energie bald verpufft.

dass die Probleme der Ratsuchenden konjunkturellen Schwankungen unterliegen. Die Basler Arbeitslosenkrise, die zur Gründung des AKB geführt hatte, war schon in der zweiten Hälfte der Achtziger vorbei. Spätestens ab 1986 pendelten sich die Arbeitslosenzahlen wieder auf dem Niveau ein, auf dem sie vor der Krise gewesen waren. Die Beratungsstelle wurde deshalb aber nicht weniger aufgesucht, im Gegenteil: Sie hatte mindestens so viel zu tun wie zuvor, wenn nicht mehr. Die Zahl der Erwerbslosen hatte zwar ab-, jene der arbeitsrechtlichen Fälle jedoch zugenommen. Das Beratungsteam hatte es immer wieder mit Menschen zu tun, denen unrechtmässig gekündigt oder ein Lohn nicht ausbezahlt worden war. Um ihnen helfen zu können, mussten sich die Beratenden in die Feinheiten des Arbeitsrechtes einarbeiten. Schritt für Schritt eignete sich das Beratungsteam in wöchentlichen Fallbesprechungen mit JuristInnen das nötige Fachwissen an. Das Beratungsteam prüfte ausserdem immer wieder Arbeitsbewilligungen. Dabei zeigte sich, dass ein grosser Teil davon gegen das Arbeitsgesetz versties. Oftmals lagen die Löhne weit unterhalb der vereinbarten Mindestlöhne. In anderen Fällen war in der Arbeitsbewilligung von „ungefähren“ Arbeitszeiten die Rede. Das AKB legte die gesammelten Fälle dem Chef des Arbeitsamtes vor. Der war

so erschrocken, dass er für ein halbes Jahr eine weitere Notstandsstelle schuf. Dadurch konnte das AKB eine Studentin anstellen, der alle Arbeitsbewilligungen systematisch prüfte. Danach wurden die nicht gesetzeskonformen korrigiert und die Betroffenen erhielten einen höheren Lohn.

Anfang 1986 stand die Zukunft der Beratungsstelle erneut auf der Kippe. Das Arbeitsamt zog an die Utengasse um. Dem Arbeitslosenkomitee wurde untersagt, den Baucontainer dort wieder vor das Amt zu stellen. Das passte dem AKB aber nicht. Eine kleine Gruppe schlich auf die Baustelle und unterhielt sich mit dem Bauleiter. Dieser, ein Italiener, sympathisierte mit dem Anliegen des Komitees und erklärte sich bereit, heimlich einen Stromanschluss für den Container einzubauen. Mit einem Kranwagen brachte das AKB den Baucontainer am Faschnachtsmontag 1986 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion an die Utengasse – allerdings nicht ganz reibungslos. Ausgerechnet der Leiter des Einigungsamtes, dem die aufmüpfigen Arbeitslosen zuwider waren, beobachtete die Aktion. Doch bis er aus seinem Wagen ausgestiegen und auf die Baustelle gerannt war, hatte der Kranwagen den Container bereits hingestellt. Der Mann zeigte sich empört: Der Baucontainer müsse wieder weg, und zwar sofort. Ansonsten würde er rechtliche Schritte unternehmen. Das AKB ging nicht darauf ein und liess den Bauwagen stehen. Die

angedrohten rechtlichen Konsequenzen blieben aus. Das war wiederum dem Industriepfarrer Joseph Bieger zu verdanken, der einen Kompromiss vermittelt hatte. Der Wagen durfte bleiben, wurde allerdings auf den Hinterhof des Arbeitsamtes verschoben, wo er bis Ende der Achtzigerjahre auch blieb.

Ebenfalls in die zweite Hälfte der Achtzigerjahre fiel die Gründung der Gewerkschaft IGA (Interprofessionelle Gewerkschaft der ArbeiterInnen). Damals wurden viele Opfer des sogenannten „Drehtür-Systems“. Aufgrund der damals aufkommenden Temporärarbeit fanden viele Erwerbslose zwar oft nach kurzer Zeit einen Job, verloren ihn aber auch ebenso schnell wieder. Denn diese Firmen stellten den ArbeiterInnen befristete Arbeitsverträge aus und entliessen sie bei Bedarf wieder. Die Kontaktstelle hatte nicht genug Ressourcen, um etwas dagegen zu unternehmen, und trat deshalb an die Gewerkschaften heran. Doch diese winkten ab. Sogar den Vorschlag der Kontaktstelle, einmal pro Woche eine arbeitsrechtliche Beratung in der Zentrale des Gewerkschaftsbundes anzubieten, lehnte dieser ab. Bei der Temporärarbeit handelte es sich um ein Randphänomen. In der Folge gründete die Kontaktstelle die heute noch bestehende IGA, um auf die prekäre Arbeit aufmerksam zu machen. Mit Erfolg: heute ist die Problematik allgemein bekannt und auch andere Gewerkschaften gehen vermehrt dagegen vor.

1.2. Umgang mit Arbeitslosigkeit in den Achtzigern

Während das Thema Erwerbslosigkeit sich heute beinahe tagtäglich in der Zeitung findet, wurde es in den Achtzigerjahren nur in begrenztem Mass diskutiert. Selbst die Gewerkschaften betrachteten die Erwerbslosigkeit oftmals als Randphänomen, für das sie, die ja die Arbeitenden vertraten, sich nicht zuständig sahen.

Breite Kreise waren zudem der Auffassung, Arbeitslosigkeit sei

meistens selbstverschuldet. Noch hatte sich kein Bewusstsein dafür gebildet, dass Arbeitslosigkeit oft viel weniger mit den Einzelnen als mit wirtschaftlichen Entwicklungen, mit Sparmassnahmen und Umstrukturierungen zu tun hat. Sie wurde noch nicht als Problem gesehen, das die ganze Gesellschaft betrifft. Allerdings war die Arbeitslosigkeit in der Schweiz anfangs der Achtzigerjahre, verglichen mit heute, niedrig. Es kam noch nicht zu den grossen Entlassungswellen wie in den Neunzigern. Die Automatisierung hatte zwar bereits begonnen, ihre Auswirkungen waren aber noch nicht zu spüren. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit war ein geringeres Problem als heute. Das wiederum erklärt, weshalb der Kanton Basel-Stadt auf die meisten

Aufbruchstimmung

Forderungen des Arbeitslosenkomitees nicht einging. So weigerte sich der Kanton, Basel offiziell als „Krisenregion“ zu melden, wie das AKB verlangt hatte. Die Arbeitslosigkeit im Kanton war, verglichen mit anderen Schweizer Regionen, verhältnismässig hoch. Hätte sich der Kanton als Krisenregion gemeldet, hätte er vom Bund mehr Unterstützungsgelder erhalten, die wiederum an die Arbeitslosen hätten fliessen können. Er hätte beispielsweise die Bezugsdauer der Taggelder erhöhen können, ohne mehr Geld ausgeben zu müssen.

Nicht nur die Gesellschaft, die Politik und die Wirtschaft sahen die Arbeitslosigkeit damals in einem anderen Licht als heute, sondern auch die Arbeitslosen selbst. Weil man schnell wieder Arbeit fand, waren die Basler Arbeitslosen tendenziell optimistisch. „Man glaubte, es handle sich nur um ein temporäres Problem“, erinnert sich Hans-Georg Heimann. Im Vergleich zu später empfanden weniger KlientInnen ihre Lage als aussichtslos. In den Beratungen ging es selten um die psychischen Probleme, die eine Langzeitarbeitslosigkeit oft mit sich bringt. Im Vordergrund standen eher konkrete Fragen und Probleme, etwa wie man die Formulare richtig ausfüllt. Vielleicht, so Heimann, hätten die Leute damals noch weniger unter ihrer Arbeitslosigkeit gelitten, weil sie noch nicht

so massiv gesellschaftlich stigmatisiert wurden wie später, als es zu eigentlichen Kampagnen gegen Erwerbslose kam. „Das hat sich anfangs der Neunziger sehr schnell verändert“, erklärt Heimann, „was wir dann auch in der Beratung immer mehr spüren konnten.“ Heimann macht bei den Basler Arbeitslosen im Umfeld des AKB damals eine regelrechte „Aufbruchstimmung“ aus. Viele von ihnen waren Ausländer, darunter zahlreiche politische Flüchtlinge aus der spanischen Franco-Diktatur. Für diese Menschen war es selbstverständlich, sich politisch zu engagieren und für die eigenen Anliegen auf die Strasse zu gehen. Viele hatten in ihrem Heimatland eine gute Ausbildung absolviert und wollten sich nun weiterbilden lassen. Solche Forderungen stiessen jedoch im Raum Basel auf Ablehnung. „Die sollen froh sein, wenn sie putzen dürfen und sich nicht noch weiterbilden“, lautete eine weitverbreitete Meinung. Auch gab es damals kaum Deutschkurse. Solche bietet Basel-Stadt den neu zugezogenen AusländerInnen heute kostenfrei an. Das AKB dürfte dazu beigetragen haben, dass sich die Situation besserte. Bereits in den Achtzigern konnte es mehrfach erwirken, dass ausländischen Arbeitslosen mit Uni-Abschluss ein Deutschkurs bezahlt wurde, was damals noch alles andere als selbstverständlich war.

**INFORMATIONSVANSTALTUNG DES
BASLER ARBEITSLSENKOMITEE**

Ausgesteuert, Arbeitslosenhilfe, Notstandsarbeit, Sozialhilfe, Lohndruck, Schwarzarbeit, Pensionskasse usw.

Probleme noch und noch...

Auf Einladung der beiden Kirchgemeinden Riehen-Bettingen berichtet das Arbeitslosenkomitee über die gegenwärtige Lage der Arbeitslosen, über unsere bisherige Tätigkeit, und über Möglichkeiten zur Selbsthilfe. Anschliessend Diskussion.

Die Veranstaltung findet statt am **Dienstag, 5. Februar 1985**, im Haus der Vereine, Riehen (**nicht** Eingang Baselstrasse sondern rechts um die Ecke Eingang Erlensträsschen) **um 17.30 Uhr.**

Basler Arbeitslosenkomitee
Kartausgasse 1
4058 Basel

Flyer zu einer Informationsveranstaltung des AKB

Die Basler Arbeitslosenbewegung von 1984 war spontan, offen und multikulturell.

1.3. Einblick in die damalige Beratungspraxis

Das AKB und die Kontaktstelle waren jung, nonkonformistisch bis anarchistisch und arbeiteten ausserhalb der bestehenden Strukturen. Das spiegelte sich auch in den Beratungen wider, deren Format heute wohl unvorstellbar wäre. Da dem Komitee im Bauwagen nur ein einziger Raum zur Verfügung stand, blieb dem Team nichts anderes übrig, als sämtliche Beratungen kollektiv durchzuführen. Konkret muss man sich das so vorstellen: Morgens und abends sassen jeweils zwei Beratende im Containerwagen und berieten mehrere Leute gleichzeitig. War es draussen kalt, setzten sich auch die Wartenden in den Container und bekamen die Beratungen mit, die sie gar nicht betrafen. Im Winter war der Bauwagen oft so vollbesetzt, dass kein Durchkommen war. Es herrschte zuweilen ein babylonisches Sprachengewirr. Manchmal auf Deutsch, dann wieder auf Spanisch, Türkisch oder Italienisch wurde wild durcheinander diskutiert. Während heute in den Beratungen der Kontaktstelle eine strenge Schweigepflicht herrscht, konnte das AKB unter den damaligen Umständen wenig Rücksicht auf die Privatsphäre der Ratsuchenden nehmen. Da es um eher formelle Fragen ging, war dies auch nicht so schlimm.

Im Gegenteil: „Wir konnten mehreren Personen gleichzeitig erklären, wie man ein Formular ausfüllen musste, das war effizient“, so Heimann. Auf persönliche Probleme konnten die Beratenden dagegen selten eingehen. Allerdings kamen bereits damals immer mehr Menschen, die sich in einer in ihrem Empfinden aussichtslosen Situation befanden, etwa bei einer schweren finanziellen Notlage oder massiven Konflikten mit ihren Arbeitgebern. Ausnahmsweise fanden bei Bedarf auch Einzelberatungen statt. Bereits zeichneten sich die Themen ab, die die Kontaktstelle später vermehrt beschäftigen würden.

Um die Beratungen für Menschen unterschiedlicher Muttersprache zu vereinfachen, legte das Team Zeiten für die einzelnen Sprachen fest. Im AKB gab es zum Glück türkische und italienische Muttersprachler. Der Kanton gewährte zudem eine kleine Subvention, um einen türkischsprachigen und italienischsprachigen BeraterInnen anstellen zu können. Besonders die türkischen Beratungen erfreuten sich so grosser Beliebtheit, dass der Baucontainer des AKB im Volksmund bald als „Türkenhäuschen“ bekannt war. Auch die Mitarbeiter des Arbeitsamtes profitierten von den Sprachkenntnissen des AKB, das sie bei Verständnisschwierigkeiten um Unterstützung anfragen konnten.

Sadik Künsne, der türkischsprachige Berater, wurde aufgrund seiner Erfahrungen beim AKB später im Kanton Bern zu einem der ersten türkischsprachigen Sozialarbeiter der Schweiz.

1.4. Dynamik im Team der Beratungsstelle

Wenn man sich vor Augen führt, wie chaotisch das AKB teilweise aufgebaut und wie unsicher seine finanzielle Basis war, ist es erstaunlich, dass es sich nicht nach kurzer Zeit wieder auflöste. Woran liegt es, dass sich die Beratungsgruppe bis heute halten konnte, während die anderen Gruppen des AKB (Politik, Bildung) sich nach einiger Zeit auflösten? Hans-Georg Heimann, der von Anfang an dabei war, führt den Erfolg der Beratungsstelle vor allem auf zwei Faktoren zurück: Erstens sei 1984 genau der richtige Moment gewesen, um ein Arbeitslosenkomitee zu gründen. Vorher und nachher hätte sich eine andere Dynamik entwickelt. Die Basler Erwerbslosenbewegung von 1984 sei sehr spontan, offen und multikulturell gewesen und habe in kurzer Zeit sehr viel bewirken können. Zweitens sei es wichtig gewesen, diese Bewegung zu stabilisieren, schnell einen Bauwagen zu organisieren und eine Beratung mit fixen Stellenprozenten auf die Beine zu stellen. Nur so konnte verhindert werden, dass die gesammelte Energie wieder verpuffte. Weil sie finanziell stabiler war, konnte sich der Beratungsgruppe halten, während die anderen Gruppen sich bald auflösten. In der Gruppe Politik zum Beispiel hatten viele Mitglieder eine neue Arbeit gefun-

den. Auch waren neue politische Themen wie die prekäre Arbeit aufgekommen, für die sich viele Gruppenmitglieder nicht interessierten. Ähnlich erging es der Gruppe Bildung, die eine Volksuniversität von unten aufbauen wollte, eine Idee, die in den Neunzigern mit dem „Café philosophes“ (siehe 2.2.4.) und in den Nullerjahren mit dem Wissenscafé (siehe 3.3.) wieder auflebte. Die Gruppe besass viel Potenzial. Doch als sich ihre Ideen nicht von heute auf morgen umsetzen liessen, begann der Zusammenhalt zu bröckeln. Dazu kam, dass in der Gruppe gut ausgebildete Universitätsabsolventen auf Menschen trafen, die nur die obligatorische Schuldbildung absolviert hatten. Entsprechend unterschiedlich waren die Vorstellungen, wie eine Volksuni organisiert werden sollte. „Rückblickend hätte das Ganze wohl niederschwelliger aufgebaut werden müssen“, hält Hans-Georg Heimann fest.

Viele Gruppenmitglieder hofften ausserdem, an der Volksuni eine neue Stelle zu finden, aber dazu waren nicht genug Mittel vorhanden. Hans-Georg Heimann vermutet deshalb, dass es auch an den sehr knappen Ressourcen lag, dass die Gruppe sich wieder auflöste. Dennoch glaubt er weiterhin an eine selbstverwaltete Bildungsgruppe, allerdings nicht ohne Eigenkapital und nicht mit Mitgliedern, die alle auf Stellensuche sind.

Wichtig war aber diese Bewegung zu stabilisieren und rasch eine Beratungsstelle mit fixen Stellenprozenten auf die Beine zu stellen.

Krise und Engagement: Die Neunziger

Weil alle Gruppen ausser der Beratungsgruppe mit der Zeit verschwunden waren, löste sich das Arbeitslosenkomitee 1985 auf. Das Beratungsteam organisierte sich daraufhin als „Verein Kontaktstelle für Arbeitslose“ neu.

Auch als Verein blieb die Beratungsstelle selbstverwaltet.

Auf Hierarchien wurde verzichtet. In den Vereinsstatuten hielt man fest, dass die Arbeitslosen die Mehrheit bilden. Das führte zu neuen Konflikten. Schliesslich waren das

Industriefarramt und das Schweizerische Arbeiterhilfswerk

(SAH) ebenfalls im Verein, aber in der Minderheit. Als die erwerbslosen Mitglieder jemanden anstellen wollten, obwohl kein Geld vorhanden war, kam es zum Bruch: Das SAH verliess den Verein, der daraufhin seine Statuten änderte. Das Industriefarramt unterstützte den Verein weiterhin. Rückblickend sei es wichtig gewesen, vom Industriefarramt, also von

Trotz Selbstverwaltung ist es wichtig, dass man bei Bedarf von aussen Rat einholen kann.

Aussenstehenden, Feedback zu erhalten, so Heimann.

Auch die Beratungsgruppe selbst blieb nicht immer frei von Konflikten. Vor allem am Anfang gab es grosse Diskussionen darüber, wer eine der bezahlten Beratungsstellen erhalten würde. Diese waren naturgemäss sehr begehrt, waren doch alle Mitarbeitenden der Kontaktstelle auf Stellensuche. Gleichzeitig war es wichtig, die geeignetsten Personen auszuwählen, denn es brauchte eine relativ lange

Ausbildung, bis jemand in der Beratung einigermaßen sattelfest war.

Das Team, das sich damals herausbildete, war ziemlich männerdominiert. Das lag laut Hans-Georg Heimann auch daran, dass die Beratenden im Bauwesen sehr stark exponiert waren. Der Verein wurde sich dieser Problematik jedoch bald bewusst und erhöhte den Frauenanteil. Heute gibt es im Team der Beratungsstelle mehr Frauen als Männer.

2.1. Die Wirtschaftskrise der Neunziger

Die Mauer war gefallen und der Eiserne Vorhang im Verschwinden begriffen. Es herrschte eine Aufbruchsstimmung und, so bekommt man oft zu hören, es gab auch noch mehr Arbeitsplätze als früher. Dabei geht vergessen, dass mitten in Europa noch einmal ein blutiger Krieg ausbrach. Der Krieg in Jugoslawien führte in der Schweiz zudem zum „Drei-Kreise-Modell“, das eine angestammte Arbeitnehmergruppe aus der Türkei und aus dem früheren Jugoslawien vom schweizerischen Arbeitsmarkt ausschloss. Auch neu aufkommende Technologien wie das Internet, die das Leben zu verändern begannen, erwiesen sich als zweischneidiges Schwert. Durch die zunehmende Globalisierung und Automatisierung stieg in vielen Branchen die Arbeitslosigkeit rapide an. Dazu trug in der Schweiz auch das Platzen einer Immobilienblase bei, die Ende der Achtziger begonnen hatte. Von ca. 1990 bis 1996 kam es zu einer Rezession. Die Arbeitslosenquote in der Schweiz stieg auf fünf, teilweise sogar sechs Prozent an, was nur wenige Jahre

zuvor noch unvorstellbar gewesen war. Durch die Politik der Nationalbank erstarkte der Franken. Das brachte mehrere kriselnde Branchen zusätzlich in die Brei-douille. Die Textilbranche und die Schwerindustrie etwa schrumpften im Verlaufe der Neunziger so stark, dass um die Jahrtausendwende nur noch vereinzelte Anbieter übrig blieben. Die Ablehnung des Stimmvolks zum EWR-Beitritt (Europäischer Wirtschaftsraum) vom 6. Dezember 1992 dürfte die Krise zusätzlich verlängert haben. Denn während sich die EU-Länder nach dem Ende der Rezession relativ schnell erholten, stagnierte die Schweizer Wirtschaft noch bis etwa 1996. Anfänglich betraf die Krise vor allem Arbeitnehmende in prekären Verhältnissen. Die Ende der Achtzigerjahre aufgekommenen Temporärfirmen entliessen, kaum hatte die Krise begonnen, massenhaft Leute. Die Medien thematisierten dies kaum, da sie sich in ihrer Berichterstattung auf die grossen Firmen konzentrierten. Der unerwartet schnelle Anstieg der Zahl der Erwerbslosen überraschte selbst das Team der Beratungsstelle, das sich Ende der Achtziger eher auf andere

Themen konzentriert hatte. Nun konnte es kaum noch Schritt halten, weil so viele Menschen in die Beratung kamen, darunter auch KlientInnen aus den Achtzigern, vor allem solche, die für Temporärfirmen gearbeitet hatten.

Anders als in den Achtzigern ebte die Krise nach kurzer Zeit nicht wieder ab, sondern wollte einfach nicht aufhören. Selbst im Februar 1997, gute sieben Jahre nach Beginn der Krise, waren noch 251'377 Menschen amtlich als Stellensuchende gemeldet. Die Wirtschaftskrise betraf nun Arbeitnehmende aus fast allen Branchen und Hierarchiestufen. Der Stellenmarkt war ausgetrocknet. „Um 1992 und 1993 wurde praktisch keine einzige Stelle ausgeschrieben“, erinnert sich Hans-Georg Heimann. Auch bei der Gewerkschaft IGA, machte sich die Rezession bemerkbar: 1991 wurden alle IGA-Mitglieder auf einen Schlag arbeitslos. „In den Zeitungen hiess es jedoch“, so Heimann, „man müsse nur ein wenig schauen, dann fände man schon wieder eine Stelle. Die Langzeitarbeitslosen würden einfach nicht arbeiten wollen.“

Die Stimmung gegenüber den Arbeitslosen hatte sich verändert: War sie in den Achtzigern noch von einer gewissen Gleichgültigkeit geprägt gewesen, so kippte sie jetzt, vor allem in der ersten Hälfte des Jahrzehnts, ins Feindliche. „Das Thema war stark schambehaftet“,

erinnert sich Cathérine Merz, die in den Neunzigern zur Kontaktstelle stiess. Wer arbeitslos wurde, fühlte sich isoliert. Es kam zum Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte. Gemäss Hans-Georg Heimann bekamen die Arbeitslosen damals zu spüren, dass sie für „Parasiten“ gehalten wurden. Ausländische Arbeitnehmende, so hiess es nun immer öfter, würden den SchweizerInnen die Arbeitsplätze wegnehmen. Und es wurden Stimmen laut, die behaupteten „Doppelverdiener“, also Paare, bei denen beide arbeiteten, seien Egoisten, die wertvolle Arbeitsplätze besetzten – Frauen gehörten zurück an den Herd.



Ein Teil des AKB-Teams in den Neunzigern

2.2. Neuausrichtung der Kontaktstelle und neue Selbsthilfeprojekte

Die negative mediale und politische Stimmung erzeugte bald eine Gegenbewegung: Die Erwerbslosen setzten sich zur Wehr. Überall in der Schweiz, von Zürich bis Genf, schossen neue Arbeitslosenkomitees aus dem Boden. In Anbetracht der neuen Situation entschlossen sich die IGA und die Kontaktstelle, das seit Ende der Achtzigerjahre ruhende Arbeitslosenkomitee zu reaktivieren. Erneut lud das AKB zu einer Gründungsveranstaltung an die Hammerstrasse ein. Erneut war der Saal mit über siebzig TeilnehmerInnen fast bis auf den letzten Platz besetzt. Dieses Mal war die Stimmung allerdings,



Stand am 1. Mai 1993

so Hans-Georg Heimann, um einiges gereizter als sieben Jahre zuvor: „Es ging ziemlich heftig hin und her. Jemand fing an, lauthals gegen Ausländer zu wettern. Er hörte einfach nicht auf, bis wir ihn rauswiesen.“ Cathérine Merz, die heute noch in der Beratung tätig ist, stiess damals zum AKB. Die Sozialpädagogin und alleinerziehende Mutter eines zweijährigen Sohnes war 1992 arbeitslos geworden. Bei ihren Besuchen auf dem Arbeitsamt zwei Mal pro Woche störte sie sich an der unangenehmen Atmosphäre. Besonders stossend fand sie, dass es keine Kinderecke gab. Eines Tages, erinnert sie sich, verteilten Hans-Georg Heimann und ein Kollege von der damaligen Gewerkschaft GBI (Gewerkschaft Bau und Industrie) Flugblätter vor dem Arbeitsamt. „Sie meinten“, so Cathérine Merz, „es gäbe Missstände beim Arbeitsamt. Das fand ich auch. Sie sagten, sie wollten schauen, ob sich all die in der Krise entstandenen Probleme nicht besser in Gemeinschaft lösen liessen.“ Merz beschloss, die Versammlung zu besuchen. Dort berichteten Hans-Georg Heimann und seine KollegInnen von ihren Erfahrungen und Projekten aus den Achtzigern. Die grosse Frage lautete, wie man ausgehend von diesen Erfahrungen neue Aktionen und Projekte durchführen konnte. Denn die Lage, das war allen bewusst, war nicht mehr dieselbe wie in den Achtzigerjahren.

In der grafischen Branche war es zu besonders grossen Umstellungen gekommen. Entsprechend nahmen an der ersten Versammlung viele Erwerbslose aus der grafischen Industrie teil. Auch mehrere arbeitslose DruckerInnen hatten den Weg an die Hammerstrasse gefunden. Der Computer und das Internet hatten die gesamte Branche innert kürzester Zeit radikal umgekrempelt. Ältere DruckerInnen, die sich mit diesen neuen Technologien nicht auskannten, wurden oftmals nicht mehr umgeschult, sondern freigestellt, um Kosten zu sparen. Dabei verfügten sie, genau wie die GrafikerInnen, über ein enormes Fachwissen. Ein Fachwissen, das dem AKB zugutekommen sollte. Ein junger Mann, der als Chemielaborant gearbeitet hatte, nun aber Journalist werden wollte, gelangte an Hans-Georg Heimann. Die beiden entwickelten die Idee, eine eigene Strassenzeitung herauszugeben. Als Heimann den TeilnehmerInnen der Gründungsverammlung davon berichtete, erhielt er begeisterten Applaus. Eine eigene Zeitung, ein Sprachrohr der Erwerbslosen, das der grassierenden Diskriminierung ein positiveres Bild entgegensetzen konnte, das war genau, was gefehlt hatte. „Man muss selbst schreiben, wie es ist, die Zeitungen schreiben nur Mist!“, riefen mehrere Erwerbslose in den Raum. Damit war die Zeitung beschlossene Sa-

che. Eine Gruppe von fünfzehn Personen, darunter auch Cathérine Merz, blieb nach der Versammlung, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Bald war der Name „Stempelkissen“ gefunden. Später sollte daraus die in der gesamten Deutschschweiz erhältliche Zeitschrift „Surprise“ hervorgehen (siehe Kapitel 2.2.1). Nach der Neugründung des AKB vergrösserte sich das Team der Kontaktstelle und der ihr nahestehenden Organisationen innert kurzer Zeit. Die bestehenden Räumlichkeiten – der Bauwagen vor dem Arbeitsamt und ein kleines Büro am Clagraben – reichten nicht mehr aus. 1993 wurde beschlossen, an einen neuen Ort umzuziehen, der möglichst allen Organisationen unter einem Dach Platz bot. Die Kontaktstelle hatte von einer Fabrik am Bläsiring erfahren, die aufgeben werden sollte und sich ideal als Zentrale eignete. Ihr Gesuch für eine Subvention beim Schweizerischen Lotteriefonds, der eben erst in der gesamten Schweiz für Selbsthilfeprojekte von Arbeitslosen gesammelt hatte, war erfolgreich. Sie erhielt 50'000 Franken, was reichte, um die Materialkosten für den Umbau zu decken. Zuvor liess das AKB sicherstellen, dass die Fabrik, in der Saccharin hergestellt worden war, nicht mit giftigem Material kontaminiert war. Das AKB startete unter den Arbeitslosen einen Aufruf, beim Aufbau eines neuen

Auch die Projektidee muss die Teilnehmenden mitreissen. Nur dann entsteht ein fester Kern von aktiven TeilnehmerInnen, was für ein Selbsthilfeprojekt absolut zentral ist.

Arbeitslosenzentrums mitzuhelfen, da kaum Geld dafür vorhanden war. Es meldeten sich so viele Freiwillige mit den nötigen Fähigkeiten, dass keine Handwerker angestellt werden mussten. Eine konnte Platten verlegen, ein anderer Rohre einbauen oder Wände bemalen. So konnte der ganze Umbau in Eigenregie bestritten werden. Mitten auf der Baustelle wurde jeden Mittwoch die Redaktionssitzung des „Stempelkissens“ abgehalten. Später wurden ein Beratungszimmer und ein Computerraum gebaut, in dem die Arbeitslosen an ihren Bewerbungen arbeiten konnten. „Die Räumlichkeiten sahen anfangs sehr chaotisch aus“, erinnert sich Hans-Georg Heimann. „Die IGA ist in diesem Zeitraum praktisch verschwunden, weil wir alle Energie in dieses Zentrum steckten.“ Cathérine Merz bestätigt: „Es war extrem viel in Bewegung.“ Mithilfe eines komplizierten Organigramms wurden die Leute auf verschiedene Arbeitsbereiche aufgeteilt. Bis Mitte Neunziger gab es keine Beschäftigungsprogramme, wie man sie heute kennt. Dadurch verfügten die damaligen Arbeitslosen über mehr freie Zeit und waren oft froh, sich in den kollektiven Selbsthilfeprojekten um das Zentrum Bläsiring engagieren und im ausgetrockneten Arbeitsmarkt eigene Ideen umsetzen zu können.

Die Projekte sorgten bei den Teilnehmenden für ein Gefühl der Selbstermächtigung und steigerten ihr Selbstwertgefühl. Das beobachtete Hans-Georg Heimann immer wieder: „Viele Leute waren extrem interessiert an Selbsthilfeprojekten, gerade weil sie diese Form der Selbstbestimmung bisher nie erlebt hatten. Bei der Arbeit mussten sie immer auf Kommando etwas leisten.“ Gemeinsam und ohne Hierarchien etwas auf die Beine zu stellen, ist eine positive Erfahrung, egal, ob die Projekte ein Erfolg sind oder nicht. „Es ist nicht schlimm, wenn ein Projekt scheitert, denn die Teilnehmenden haben trotzdem einen neuen Erfahrungsschatz“, so Cathérine Merz. Während nicht alle Projekte der Kontaktstelle in den Neunzigerjahren langfristig erfolgreich waren, etablierten sich einige und/oder verhalfen den TeilnehmerInnen sogar zu einer neuen Stelle. Das Team der Kontaktstelle macht rückblickend verschiedene Faktoren für den Erfolg oder Misserfolg eines Projektes aus. So ist es für Selbsthilfeprojekte beispielsweise zentral, dass Personen involviert sind, die das Projekt von aussen betrachten und kommentieren können: „Eine hundertprozentige Selbstorganisation ist illusorisch“, so Hans-Georg Heimann, „es braucht Beobachter, die ein wenig Distanz haben.“ Cathérine Merz bestätigt diese Ansicht. Sie hält es für

wichtig, dass sich auch die Verantwortlichen im Projekt an eine Begleitung wenden können. Aussenstehenden Beobachter dürfen jedoch nicht versuchen, den Prozess zu kontrollieren. Das würde der Idee der Selbstorganisation widersprechen. „Es ist ein innerer Widerspruch“, so Heimann. „Du musst zulassen und beobachten können und gleichzeitig unterstützen.“ Weitere Erkenntnisse liefert die Arbeit des Sozialpädagogen Daniel Stoller. Dieser begleitete und untersuchte die Arbeit der Kontaktstelle Mitte der Neunziger und verfasste eine Lizenzatsarbeit zum Thema. Darin kommt er u. a. zum Schluss, dass es letztlich auch die Projektidee ist, die über den Erfolg entscheidet: Sie muss die Teilnehmenden mitreissen. Nur dann entsteht ein fester Kern von aktiven TeilnehmerInnen, was für Selbsthilfeprojekte absolut zentral ist. Zwar ist es durchaus in Ordnung, wenn manche Teilnehmende nur punktuell bei einem Projekt dabei sind. Selbsthilfeprojekte bauen schliesslich auf Freiwilligkeit auf. Doch einen Kern regelmässiger TeilnehmerInnen muss vorhanden sein. Die Mischung macht's. Wenn Personen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen zusammenfinden, kann ein Projekt sehr profitieren. Stoller interviewte für seine Arbeit zahlreiche Teilnehmer der Projekte der Kontaktstelle. Dabei zeigte sich, „dass die

Projekte am positivsten bewertet werden, die die Möglichkeit bieten, sich selber als fähige, vielschichtige Persönlichkeit zu erfahren.“ Er führt vor allem die gemeinsame Arbeit an der Arbeitslosenzeitung „Stempelkissen“ als Beispiel an. Durch die Zeitungsarbeit hätten die Beteiligten oft neue Fähigkeiten und Interessen bei sich entdecken können. Eine solche „Horizont- und Perspektivenerweiterung“ bot aber nicht nur das Zeitungsprojekt, auch andere Selbsthilfeprojekte aus den Neunzigerjahren lieferten neue Erkenntnisse. Einige davon, erfolgreiche wie weniger erfolgreiche, sollen nun kurz vorgestellt werden.

2.2.1. Von der Arbeitslosenzeitung „Stempelkissen“ zur „Surprise“

Zwischen den TeilnehmerInnen von Selbsthilfeprojekten können Konflikte so gross werden, dass sie das Projekt zum Scheitern bringen. Gewisse Faktoren tragen dagegen zum Erfolg eines Projektes bei. So ist es sehr wichtig, dass die TeilnehmerInnen motiviert bleiben. Und das sind sie vor allem dann, wenn das Ziel des Projektes nicht nur konkret ist, sondern auch schnell ein Resultat entsteht. Das stärkt den Zusammenhalt. All diese Faktoren waren bei einem der erfolgreichsten Selbsthilfeprojekte aus dem Umfeld der Kontaktstelle vorhanden:

der Arbeitslosenzeitung „Stempelkissen“. Sie war gewissermassen der Motor, der alle Aktionen am Laufen hielt. An der ersten Redaktionssitzung Mitte April 1993 wurde beschlossen, die erste Zeitung bereits zwei Wochen später, am ersten Mai, herauszugeben in einer Auflage von rund 10'000 Exemplaren – ein ehrgeiziges Ziel. Tatsächlich gelang es den Erwerbslosen, nicht nur die Zeitung rechtzeitig zu drucken, sondern auch alle Hefte auf dem Claraplatz zu verkaufen, wobei ein Bügelbrett als Verkaufstisch diente, wie sich Cathérine Merz erinnert. Ursprünglich war das „Stempelkissen“ nur als einmalige Aktion gedacht gewesen. Doch aufgrund des grossen Verkaufserfolgs entschloss sich das Grüppchen, sich jeden Mittwoch zu treffen und



Redaktionssitzung Stempelkissen 1993

die Zeitung mehrmals im Jahr herauszugeben. Diese offenen Redaktionssitzungen lockten die unterschiedlichsten Persönlichkeiten an. Besprochen wurden jeweils das nächste Erscheinungsdatum und das Thema. Jede und jeder konnte eigene Vorschläge einbringen. Die ganze Zeitung beruhte auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, auch die Akquirierung von Inseraten erfolgte ehrenamtlich. Bald stellte sich ein ähnliches Problem wie in den Achtzigern beim Arbeitslosenkomitee: die TeilnehmerInnen an den offenen Redaktionssitzungen fluktuierten stark. Die wenig verbindliche Arbeitssituation führte zu Leerläufen und zu unnötig langen Sitzungen. Oft wurden Aufträge nicht erfüllt und die Versammelten mussten schnell eine neue Lösung finden, um beispielsweise eine leere halbe Seite zu füllen. Die Gruppe lernte jedoch, mit diesen Unsicherheiten umzugehen und entwickelte eine eigene Form der rollenden Planung. Unter diesen Umständen konnte das „Stempelkissen“ nicht regelmässig herauskommen. Das störte die Zeitungsmacher aber nicht, waren sie doch zu Recht stolz darauf, immer wieder praktisch unentgeltlich eine eigene Zeitung auf die Beine zu stellen. Die Öffentlichkeit reagierte sehr positiv auf das Projekt. Die Redaktion wurde immer wieder an Veranstaltungen eingeladen. Inmitten einer Zeit, in der



Verkauf des Stempelkissens auf der Strasse

Die ZeitungsmacherInnen waren stolz darauf, immer wieder praktisch unentgeltlich eine eigene Zeitung auf die Beine zu stellen.

Erwerbslose vielen Gehässigkeiten ausgesetzt waren, gelang es der Arbeitslosenzeitung, diesem negativen Bild eine Alternative entgegenzustellen. Arbeitslose waren keine Sozialschmarotzer, sondern ganz normale Menschen, die fähig waren, sich selbst zu organisieren und ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Das „Stempelkissen“ trug dazu bei, dass Arbeitslosigkeit heute, trotz des Versuchs bestimmter Kräfte, Erwerbslose weiter zu stigmatisieren, kein Tabuthema mehr ist. „Wir konnten zeigen, dass es uns gab und dass wir viele waren“, so Hans-Georg Heimann.

Durch den Verkauf von Inseraten entstand im Umfeld der Zeitung eine kleine Geldwirtschaft. Da keine Löhne ausbezahlt werden konnten, wurde dieser Erlös in weitere Selbsthilfeprojekte investiert. So entstanden weitere Projekte, von Wanderungen über den Aufbau eines Computerraums für Arbeitslose bis hin zum Aufbau einer Druckerei (s. 2.2.3.).

Rund vier Jahre lief das „Stempelkissen“ ohne grosse Probleme. Heimann zufolge betrug der jährliche Umsatz teilweise bis zu 100'000 Franken. Pro Jahr konnten durchschnittlich acht Zeitungen mit einem Umfang von bis zu 32 Seiten produziert werden. Erst 1996/97 kam es zu einer Veränderung. Nicht nur hatte die Arbeitslosigkeit abgenommen, auch die RAVs hatten inzwischen ihren Betrieb

aufgenommen. Mit ihnen wurden die verpflichtenden Beschäftigungsprogramme eingeführt. Dadurch reduzierte sich die Zahl der Leute, die genug Zeit hatten, um sich für die Zeitung zu engagieren, stark. Für die Beteiligten kam es überhaupt nicht infrage, das „Stempelkissen“ einzustellen, war doch die Zeitung weit über den Raum Basel hinaus zu einem festen Begriff geworden. Inzwischen lebten mehrere erwerbs- und obdachlose Menschen vom Verkauf der Zeitung auf der Strasse. Dadurch hatte sich der Absatz des „Stempelkissens“ zusätzlich erhöht.

Neue Zeiten forderten nach einer neuen Zeitung. Also zog sich die Redaktion 1996 für eine Retraite in die Langen Erlen zurück. Nach längeren Diskussionen war der Entscheid gefallen: Das „Stempelkissen“ würde künftig im Magazinformat und unter einem neuen Titel erscheinen: „Surprise“. Bald entstanden verschiedene Sondernummern, darunter ein Heft, das SchülerInnen einer Berufswahlklasse mitgestalteten oder das „Artprise“, eine Kunstnummer.

1997 reiste die Redaktion nach London zu einem Treffen der Strassenmagazine aus ganz Europa. Das 1991 gegründete „Big Issue“, eines der ersten Strassenmagazine, hatte dazu eingeladen. „Surprise“ wurde Mitglied des Internationalen Netzwerks für Strassenzeitungen. Und nicht nur das: Die Mitarbeiter von „Big Issue“

und anderen Magazinen empfahlen „Surprise“, sich zu professionalisieren, um ihr Weiterbestehen zu sichern. Nur wenn die Zeitschrift auf eine solidere finanzielle Basis gestellt werde, könne sie regelmässig herauskommen. Das wiederum würde den Strassenverkauf stärken, den Absatz erhöhen und, was viel wichtiger war, noch mehr Armutsbetroffenen die Möglichkeit geben, einen Zusatzverdienst zu erwerben.

Zwei Jahre später befolgte die Redaktion den britischen Rat. Aufgrund der Beschäftigungsmassnahmen war es schwierig geworden, Menschen zu finden, die sich in ehrenamtlich in die Redaktion einbringen konnten. 1999 übergab die bisherige Redaktion die Zeitschrift einer jungen, professionellen Crew, die das Projekt selbständig weiterführen wollte. Das AKB und die Kontaktstelle gedachten, sich zukünftig herauszuhalten. Unter den Erwerbslosen im Umfeld fanden sich drei für den Aufbau geeignete Personen, ein Geschäftsführer, eine Layouterin und ein Journalist. Bald war ein Businessplan erstellt und eine GmbH gegründet. Nach einem einjährigen Probelauf und fünf Ausgaben, an denen die alte Redaktion sich noch beteiligen konnte, folgte im Jahr 2000 die endgültige Trennung – nicht ganz ohne Streit: Für viele MitarbeiterInnen war es schwer, ganz vom Projekt, an dem sie jahrelang mit viel Herzblut mitge-

arbeitet hatten, Abschied zu nehmen. Doch der Neustart erwies sich als der richtige Schritt: Achtzehn Jahre später erscheint die Zeitschrift weiterhin monatlich in der gesamten Deutschschweiz und verfügt über ein Verkaufsnetz von rund 400 Personen und eine monatliche Auflage von 34 570 Exemplaren. Aus einer verrückten Idee einiger Erwerbsloser Anfang der Neunziger ist eine Zeitschrift entstanden, die den Schweizer Medienplatz bereichert und hunderten von Armutsbetroffenen eine Perspektive gibt. All das nur, weil die Redaktion, die sich ab 1993 im Zentrum Bläsiring traf, trotz Widrigkeiten bei ihrer Idee blieb – sechs Jahre lang.

2.2.2 Das Kunstprojekt ALPS

Nicht allen Selbsthilfeprojekten war ein so lang anhaltender Erfolg beschieden wie dem „Stempelkissen“. Die Krise anfangs der Neunziger betraf auch den Kunstmarkt. Viele KünstlerInnen fanden keine Arbeit. Einige von ihnen wandten sich an die Kontaktstelle für Arbeitslose und das AKB. Bald entstand die Idee, Produkte zu entwickeln, die die Gesellschaft auf die Probleme der Arbeitslosen aufmerksam machen und gleichzeitig etwas Geld einbringen sollten, das den Erwerbslosen zugute-



ALPS-Gutzi an der Art

kommen würde. Eine grössere Gruppe interessierter Erwerbsloser hatte Lust, kreativ tätig zu werden. Mit dem Amerikaner John Halpern stiess ein in Basel lebender Künstler dazu. Er versprach, mit den Erwerbslosen auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten und sich nicht in den Vordergrund zu drängen. Hierarchien sollte es keine geben. Die Gruppe nannte sich ALPS (Arbeitslosen Products and Services) und traf sich regelmässig zu Brainstorming-Sitzungen. Viele der Einfälle waren nicht

unbedingt markttauglich, dafür umso origineller. Beispielsweise schlug jemand vor, einen Aufsatz für Staubsaugerrohre zu entwickeln, der verhindern würde, dass beim Säubern aus Versehen Spinnen eingesaugt werden. Es war nicht als einfach, ein verkäufliches Produkt zu entwickeln, das gleichzeitig mit dem Thema Arbeitslosigkeit zu tun hatte.

Zwischen den Erwerbslosen und dem Künstler kam es zu Meinungsverschiedenheiten. Die Stimmung an den Sitzungen war oft gereizt. Der Künstler war es sich gewohnt, allein zu arbeiten und aus dem Nichts Neues zu schaffen, während es den Arbeitslosen schwer fiel, auf Kommando neue Ideen zu entwickeln. Die Brainstorming-Sitzungen machten ihnen zwar Spass, sie fühlten sich aber vom Künstler unter Druck gesetzt.

Trotz dieser Schwierigkeiten einigte sich die Gruppe auf ein Produkt, das sich leicht produzieren liess: das ALPS-Guetzli. Es glich auf den ersten Blick einer Bergkette. Gleichzeitig sollte es für die „wertlos gewordene Hand eines erwerbslosen Menschen“ stehen. Wer in das Biskuit biss, konnte ins Grübeln geraten: Würden nicht auch die Arbeitslosen von der Gesellschaft zerrieben wie das Guetzli von den eigenen Zähnen?

Die Bäckerei ‚Bachstube‘ an der benachbarten Oetlingerstrasse, die (dank der

Die hässlichsten Geschichten aus der Arbeitswelt! Die gemeinsten Begebenheiten im Leben eines/r Arbeitslosen!

Schicken Sie uns IHRE Geschichte. Wir produzieren ein Gesellschaftsspiel. Die eindrücklichsten Geschichten verwenden wir für das Spiel. Die Einsender der ausgewählten Geschichten erhalten von uns ein ALPS-Produkt.

Ihre ALPS - Arbeitslosen Products and Services.

Adressieren an:

ALPS - Bläsiring 86, 4057 Basel

Aufruf von ALPS in der Zeitung

Vermittlung des Industriepfarramts) von Erwerbslosen geführt wurde, erwies sich als ideale Produktionsstätte. Der Verkauf verlief jedoch harziger als gedacht. Eine Anfrage an den Verband für Tourismusförderung wurde abgelehnt. Wahrscheinlich waren ihm die Biskuits politisch zu heikel. Dafür waren sie eine Zeit lang im Drehrestaurant Piz Gloria auf dem Schilthorn

erhältlich. John Halpern vermarktete die Guetzli ausserdem an der ART Basel und verschiedenen anderen Kunstanlässen. Das tat er jedoch als Einzelperson, was bei den Erwerbslosen, die das Produkt mitentwickelt hatten, für böses Blut sorgte. Der Amerikaner weigerte sich ausserdem, mit den Erwerbslosen Deutsch zu sprechen – obwohl er es gekonnt hätte.

Rückblickend zeigt das ALPS Projekt, wie schwierig es bei Selbsthilfeprojekten ist, bei der Gruppenzusammensetzung die richtige Balance zu finden.

Der Konflikt führte schliesslich zum Bruch. Denn während die Erwerbslosen das Guetzli als ein kollektives Produkt betrachteten, beanspruchte der Künstler das alleinige Copyright. Cathérine Merz, die das Projekt begleitete, kann sich gut an die damalige Stimmung erinnern: „Plötzlich sass uns ein Manager gegenüber, der unsere Plattform für seine eigene Karriere missbrauchen wollte. Auf einmal war da eine grosse Distanz zwischen uns. Während es uns darum gegangen war, Erfahrungen zu sammeln, stand für ihn der Profit im Vordergrund.“

Das zeigt: Unterschiedliche TeilnehmerInnen sind zwar gut für die Dynamik von Selbsthilfeprojekten, aber zu heterogen dürfen die Gruppen doch nicht sein. Umgekehrt kann eine zu homogene Gruppe ebenfalls scheitern, etwa wenn Langzeitarbeitslose sich bloss noch gegenseitig in der eigenen pessimistischen Haltung bestätigen und niemand die Stimmung in eine andere Richtung lenken kann. „Rückblickend zeigt das ALPS-Projekt“, so Hans-Georg Heimann, „wie schwierig es bei Selbsthilfeprojekten ist, bei der Gruppenzusammensetzung die richtige Balance zu finden.“

Die 2002 von der Kontaktstelle herausgegebene Publikation „Selbsthilfe für Arbeitslose“ kommt zu einem ähnlichen Schluss: „Es braucht eine verbindende Gruppenmotivation, eine Identifikation mit

dem Produkt und ein Wir-Gefühl, damit ein Projekt längerfristig besteht.“

2.2.3. Druckereigenossenschaft Phönix

Genau umgekehrt verlief der Aufbau der Druckereigenossenschaft Phönix. Zuerst schien das Projekt sehr riskant, es konnte sich aber stabilisieren.

1995 wurde das AKB angefragt, ob es Erwerbslose kenne, die bereit wären, die Maschinen einer in Konkurs gegangenen Druckerei zu übernehmen. Tatsächlich gab es im Umfeld des Komitees drei ältere arbeitslose Drucker, die sich das vorstellen konnten. Sie waren Opfer von Umstrukturierungen in der Branche geworden waren: Ihre Arbeitgeber hatten sich aus Spargründen geweigert, in Weiterbildungen und Umschulungen zu investieren, stattdessen wurden die älteren Angestellten kurzerhand entlassen. Dabei verfügten gerade diese Drucker über ein sehr grosses Fachwissen, das ihnen nun beim Aufbau der Druckereigenossenschaft zugutekommen sollte. Zu diesen drei Experten stiessen zwei jüngere Erwerbslose dazu, die sich selbstständig machen wollten.

Im Zentrum Bläsiring konnte die Gruppe einige leer stehende Räume zu günstigen Bedingungen nutzen. Beim Aufbau der Druckereigenossenschaft wurde die Grup-

pe von anderen Erwerbslosen unterstützt. Sie war sehr froh um diese unentgeltliche Hilfe, denn der finanzielle Spielraum war eng: Das Startkapital setzte sich aus fünf Anteilscheinen à Fr. 2000.–, einer Spende von Fr. 5000.– und einem Darlehen von Fr. 10'000.– zusammen. Die Druckmaschinen wurden mit Fr. 10'000.– angezahlt. Für regelmässige Löhne reichte das Geld nicht. Die DruckerInnen liessen sich nicht entmutigen, sondern steckten viel Herzblut in das Projekt. Mit Erfolg: Bereits im ersten Betriebsjahr erreichte die Druckerei einen Mehrwertsteuerpflichtigen Umsatz. Das reichte aber nicht für die Lohnauszahlungen, mit denen die fünf Beteiligten gerechnet hatten. Es zeigte sich, dass die Druckerei auf maximal zwei Stellen angelegt war.

Es kam zu Streitereien aus ähnlichen Gründen wie in den Achtzigern im Beratungsteam des AKB: Es gab mehr Interessierte als Stellenprozentante. Doch während sich das Beratungsteam die Stellenprozentante teilen konnten, begann bei der Druckerei ein regelrechter Kampf darum. Die Arbeitslosigkeit war der einzige gemeinsame Faktor. Das reichte nicht für den Zusammenhalt der DruckerInnen mit ihren sehr unterschiedlichen Temperamenten. Anfangs hatte zwar ein Gefühl der Solidarität bestanden, doch nun waren aus Kollegen Konkurrenten geworden. Dennoch brach die Gruppe nicht ausein-

ander. Durch den Aufbau des Unternehmens hatten sich die beiden jüngeren Mitarbeiter hervorragend qualifiziert und fanden Stellen, die besser bezahlt waren als ihre vorherigen. Den drei andern gelang es, den Betrieb zu stabilisieren. Die Fremdgelder konnten zurückerstattet und auch regelmässig (niedere) Löhne ausbezahlt werden. Allerdings reichten die Stellenprozentante auch für die verbliebenen drei MitarbeiterInnen nicht. Hinzu kam, dass die Räumlichkeiten am Bläsiring aufgegeben werden mussten. Es schien, als würde das Projekt scheitern.

„Unser Beirat, in dem einige Fachleute sass, meinte: zumachen“, erinnert sich Hans-Georg Heimann. Die Drucker wehrten sich jedoch mit Händen und Füssen. Sie glaubten weiterhin an das Projekt. Schliesslich beschlossen das AKB und die Kontaktstelle, das Experiment unter einer neuen Gesellschaftsform fortzuführen. Der Geschäftsführer hatte die Genossenschaft als zu träge empfunden. Zusammen mit einem verbliebenen Drucker und einem Vertreter des AKB wurde anfangs 2001 als gemeinnütziges Arbeitslosenprojekt der Verein „Phönix Printing Pool“ gegründet, der in ein leer stehendes Lokal an der Offenburgerstrasse zog. Der Betrieb bestand nun aus einem Drucker und einem Geschäftsführer. Beide konnten mit einem reduzierten Pensum bis zur Pensionierung in der Druckerei arbeiten.

Danach wurde sie verkauft. Der Erlös ging an den Drucker und bildet einen Teil seiner Alterssicherung. Rückblickend ist es dem AKB und der Kontaktstelle gelungen, für fünf Erwerbslosen eine neue Perspektive zu schaffen. Gerade die beiden jüngeren Drucker konnten tatsächlich wie Phönix aus der Asche steigen. Nicht nur das: Durch das Engagement aller Beteiligten ist auch ein Kleinbasler Betrieb neu entstanden, der bis heute besteht. Im April 2015 wurde er von neuen AktivistInnen übernommen, die das „Druckkollektiv Phönix“ genossenschaftlich weiterführen.

2.2.4. Das Café philo.sophes

1997 half das Arbeitslosenkomitee beim Aufbau eines Cafés mit einem besonderen Konzept mit: Neben gutem Essen und Trinken sollte jeden Sonntag auch eine philosophische Veranstaltung angeboten werden. Das AKB verfügte jedoch nicht über genug Eigenkapital, um ein so grosses Projekt aufzubauen. Doch wie bei anderen Projekten ermöglichten auch dieses Mal SympathisantInnen mit finanziellen Zuwendungen die Umsetzung. An der St. Johanssvorstadt 13 konnte ein leer stehendes Restaurant dank des Entgegenkommens der Architektin und des Hausbesitzers innerhalb kurzer Zeit

wieder reaktiviert werden. Zahlreiche Freiwillige aus dem Umfeld des Arbeitslosenkomitees, viele davon erwerbslos, sorgten dafür, dass der Umbau rasch über die Bühne ging. Eine arbeitslose Wirtin erklärte sich bereit, den Betrieb zu führen.

So kam es, dass die BaslerInnen zwei Jahre lang fast jeden Sonntagabend eine philosophische Veranstaltung zu einem aktuellen Thema besuchen konnten: ein Referat oder einen Film mit anschließender moderierter Diskussion. Mitreden durfte jede und jeder, egal, ob jemand in Philosophie doktorierte hatte oder sich zum allerersten Mal mit philosophischen Themen auseinandersetzte. Das Café sollte als eine Art offene Uni dienen, in der neue Formen des öffentlichen Diskurses probiert werden konnten. Erwerbslose trafen im Café philo.sophes auf Leute aus dem Umfeld der Universität Basel. StudentInnen waren oft von der Perspektive der Erwerbslosen beeindruckt und umgekehrt. Manchmal führte das Aufeinandertreffen dieser verschiedenen Welten natürlich auch zu Streitigkeiten.

Insgesamt kamen sowohl das Café wie das Veranstaltungsformat sehr gut an. Innerhalb von zwei Jahren fanden über 100 Veranstaltungen statt, also jede Woche eine, wobei das Organisationsteam vollkommen unentgeltlich arbeitete.



Die Fassade des Café philo.sophes

Das war allerdings auch einer der Gründe dafür, dass das Projekt wieder beendet werden musste. Das Engagement der OrganisatorInnen, die nebenbei studier-

ten oder einer Arbeit nachgingen, konnte nicht institutionalisiert werden. Sich Woche für Woche ein neues Thema auszudenken und eine Veranstaltung auf die

Beine zu stellen, überforderte die Gruppe mehr und mehr. Sie fiel auseinander. Das allein hätte zwar noch nicht das Ende des Cafés bedeuten müssen. Doch dazu kamen grössere finanzielle Probleme: In der kälteren Jahreszeit war das Café jeweils sehr gut besucht und auch die Veranstaltungen zogen viele BesucherInnen an. Im Sommer dagegen, wenn die Leute gerne draussen sitzen, machte das Café grosse Verluste. An sich eine Schwierigkeit, mit der auch andere zu kämpfen haben. Doch während grössere Betriebe sich darauf einstellen können, fehlte es dem Café philo.sophes an Eigenkapital. Das Projekt war bald verschuldet. Auch der Versuch, im Winter genug Reserven aufzubauen, um durch den Sommer zu kommen, scheiterte. Die Veranstaltungen waren – bis auf eine Kollekte – unentgeltlich. „Die Einnahmen reichten einfach nicht“, erinnert sich Hans-Georg Heimann. So blieb nach zwei Jahren nichts anderes übrig, als das Restaurant zu verkaufen. Mit dem Erlös konnten die Schulden bei den Handwerkern und die Löhne rückwirkend ausbezahlt werden. Dennoch erinnert sich Hans-Georg Heimann gerne an diese Zeit zurück. Er schätzte es, dass es einen Raum gab, in dem Leute mit unterschiedlichsten Hintergründen gemeinsam ihre Freude am Philosophieren ausleben konnten – nie-

derschwellig und ohne dass jemand ausgeschlossen wurde. Auch für die Wirtin des Cafés nahm die Geschichte ein gutes Ende: Dank ihrer Arbeit im Café philo.sophes konnte sie zusätzliche Qualifikationen erwerben und leitete später einen anderen Restaurationsbetrieb.

2.2.5. Geschenktauschaktion

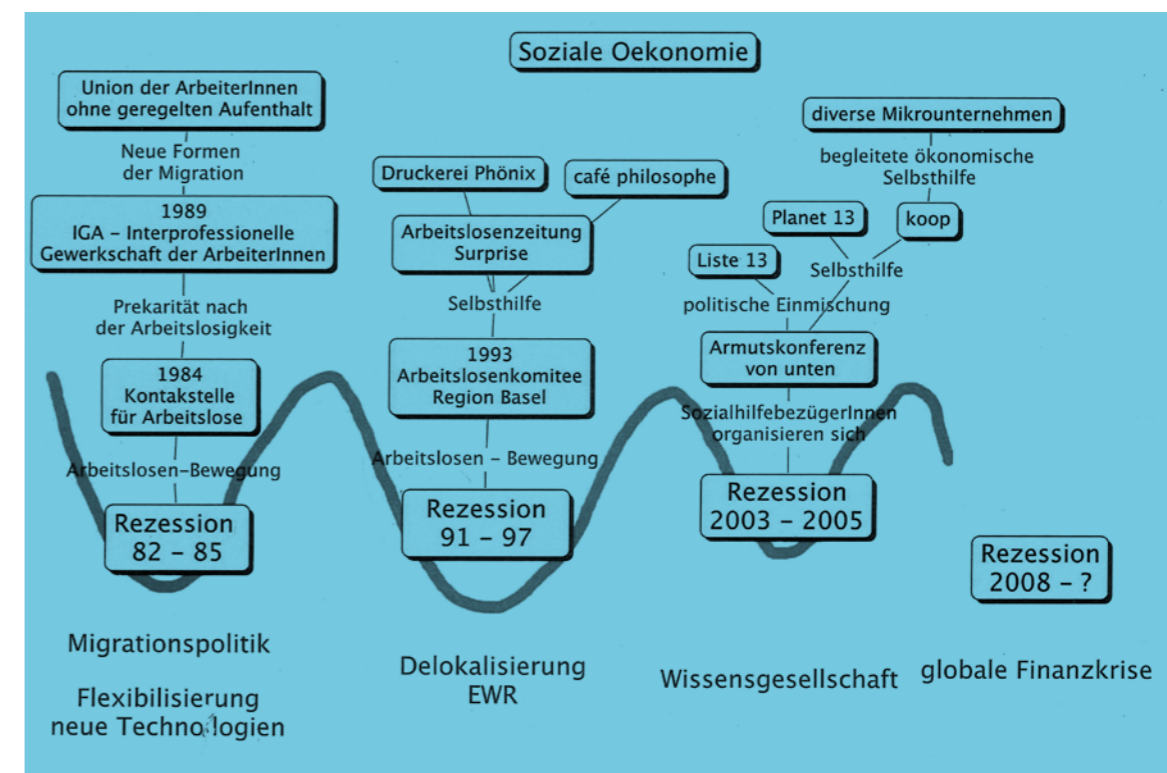
Soziale Projekte, bei denen mehrere Organisationen zusammenarbeiten, haben oft länger Bestand. Das gilt auch für ein Projekt des AKB, das seit bald 20 Jahren Kinderaugen zum Leuchten bringt: die Geschenktauschaktion, die jeweils kurz vor Weihnachten stattfindet. Angesichts der Berge von Spielzeug, die jeweils schon im Herbst in den Läden zu kaufen sind, wollte man ein Zeichen setzen. Die Kinder sollten lernen, dass auch alte Spielsachen Freude machen können und es schön ist, zu teilen. Dadurch wollte man sie für die Themen Armut und Verschwendung sensibilisieren. 1997 beschloss das AKB, mit der Offenen Kirche Elisabethen zusammenzuspannen. Ein Jahr darauf stellte diese ihre Räumlichkeiten zur Verfügung. Die OrganisatorInnen laden Kinder ein, zwei oder mehr alte Spielsachen abzugeben. Diese werden vom Team sortiert und im Chorraum der Kirche aufgestellt. Kurz



Einladung zur Geschenktauschaktion

vor Weihnachten erhalten diese Kinder einen Bon, mit dem sie ein „neues“ Spielzeug aussuchen können. Dass die „neuen“ Spielsachen vorher schon einem anderen Kind Freude machten, stört sie nicht. Der entstandene Überschuss kommt Kindern zugute, die keine Spielsachen haben abgeben können, weil sie aus weniger begünstigten Verhältnissen kommen. Sie erhalten ebenfalls einen Gutschein. Die Spielsachen, die keine neuen Besitzer gefunden haben, werden nach der Veranstaltung von SOS Solidarité Chômeurs

aus Mulhouse abgeholt und an bedürftige Elsässer Kinder verteilt. Bereits die erste Aktion war ein so grosser Erfolg, dass das Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt sie ab 1999 nicht nur finanziell, sondern auch durch breite Öffentlichkeitsarbeit unterstützte. Dank der Hilfe des Amtes finden jährlich rund 200 bis 250 Kinder in die Elisabethenkirche. Viele davon nehmen jedes Jahr an der Aktion teil, über die neben der Basler Presse auch schon die Neue Zürcher Zeitung berichtete.



Linie = Konjunktur und Rezession (aus Kursunterlagen, 2010)

Digitalisierung, neue Herausforderungen: von den Nullerjahren bis heute

3.1. Armutskonferenz von unten

Gegen Ende der Neunziger ebnete die Krise ab. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspannte sich. Mit der Einführung der RAVs und der obligatorischen Beschäftigungsmassnahmen 1996 (2. AVIG Revision) veränderte sich auch die Situation der verbliebenen Erwerbslosen: Aufgrund der Beschäftigungsmassnahmen blieb ihnen weniger Zeit, um sich in Selbsthilfeprojekten zu engagieren oder gar eigene Projekte zu lancieren.

Das führte um die Jahrtausendwende auch zu Veränderungen für die Kontaktstelle. Zahlreiche der Projekte aus den Neunzigern hatten sich verselbstständigt

oder waren aufgegeben worden.

Die Beratungen blieben gut besucht, doch änderte sich die Problemlage der KlientInnen: Immer öfter kamen nun Menschen, die zwar noch eine Stelle hatten, aber fürchteten, diese bald zu verlieren. Andere KlientInnen fühlten sich an ihrem Arbeitsplatz einfach nicht mehr wohl. Der Druck auf die Arbeitnehmenden war gestiegen. Das führte zu Mobbingfällen oder Burn-Outs. „In meinem Empfinden war es oft so, dass man den Leuten nicht kündigte, sondern sie stattdessen mobbte, bis die Person krank wurde und den Betrieb schliesslich verliess. Das erklärt nicht alle damaligen Mobbingfälle, aber einige“, so Cathérine Merz.



„Scheininvaliden,
faule Arbeitslose,
Sozialschmarotzer“

Betroffene und
Verantwortliche im
Streit über die
Sozialpolitik

Basler

Armutstribunal

Theater Basel, Foyer Grosse Bühne
Donnerstag, 29. Januar 2004, 19.30 Uhr

Gäste:

Rita Bachmann, Volkswirtschafts- und
Gesundheitskommission des Landrates BL
Rolf Maegli, Vorsteher Sozialhilfe Basel
Rolf Schürmann, Amt für Sozialbeiträge BS
Urs Schweizer, Präsident FDP Basel-Stadt

Organisiert von der Interprofessionellen
Gewerkschaft der ArbeiterInnen IGA
und dem Arbeitslosenkomitee Region Basel

Mit freundlicher Unterstützung des Theater Basel



Einladung zum Basler Armutstribunal

Nach einigen ruhigen Jahren verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage wieder. Die Asienkrise 1997/98 und das Platzen der Dotcomblase um die Jahrtausendwende erzeugten neue Erwerbslose. Von ca. 2003 bis 2005 kam es zu einer erneuten Rezession. In den Beratungen erschienen neben eben erst erwerbslos gewordenen KlientInnen auch immer wieder Menschen, die in den Neunzigern ihre Stelle verloren und seither keine neue gefunden hatten. Die meisten dieser Langzeitarbeitslosen waren inzwischen in der Sozialhilfe gelandet. Das Problem hatte sich also schlichtweg verlagert: Zwar waren die Arbeitslosenzahlen seit den Neunzigern gesunken. Doch gleichzeitig war die Anzahl Sozialhilfebezüger gestiegen.

Einige dieser Sozialhilfebezüger waren Mitglieder des AKB. An den Sitzungen klagten sie über Intransparenz bei den Ämtern. So waren die Unterstützungsrichtlinien damals nur den SachbearbeiterInnen bekannt. 2003/4 bahnte sich ausserdem die vierte Revision der Invalidenversicherung (IV) an. „In unserer Beratungsarbeit sahen wir, wie immer mehr Leute von der IV in die Sozialhilfe abgedrängt wurden“, erinnert sich Hans-Georg Heimann. Dadurch, dass die Zahl der SozialhilfebezügerInnen stetig stieg, befand sich das

Basler Sozialhilfeamt in einer ähnlichen Lage wie das Arbeitsamt in den Achtzigern: Die grosse Zahl von BezügerInnen überforderte die Behörde. Dazu kam ein Reformstau, zusätzlich verschärft durch den Druck rechtskonservativer Kräfte. „Die Betroffenen fanden sich im Ämterdschun- gel oft nicht zurecht. Es war klar, dass eine Verrechtlichung her musste“, so Heimann. Mitte der Nullerjahre entschlossen sich das AKB und die IGA deshalb, die Betroffenen zu organisieren und dabei als Vermittler zwischen den Behörden und den SozialhilfebezügerInnen zu dienen. Denn nur wenn diese eine eigene „Lobby“ hatten, so die Erfahrung aus den Achtzigern, würden ihre Probleme überhaupt gehört. „Die Leute, die Arbeit hatten, sollten sehen, wie viele Sozialhilfebezüger es gibt“, so Heimann.

Um die Öffentlichkeit wachzurütteln, plante man, ein „Armutstribunal“ durchzuführen, zu dem auch PolitikerInnen und Beamte eingeladen werden sollten. Doch zuvor wollte man die Betroffenen in einem geschützten Raum selbst zu Wort kommen lassen.

Ähnlich wie in den Achtzigern, als in der Beratungsbaracke Erwerbslose ihre Probleme in einem Buch festhalten konnten, sollten nun die Sozialhilfebezüger berichten, wo der Schuh drückte.

Eine Arbeitsgruppe verteilte ein paar Wochen lang vor der Sozialhilfe Flugblät-

Allein die Platzierung des Themas unter den Listen und im Wahlkampf ist die Mühe wert und kann auch mit minimalem Aufwand geschehen, z.B. mit einer Liste im Kleinbasel (ca. 10 KandidatInnen) und einer bis drei Regierungsrats-KandidatInnen.



Gegen eine Beteiligung an den Wahlen spricht unsere junge Organisationsstruktur, die mangelnden materiellen Mittel sowie die oft schwierige Situation der Betroffenen, die eine persönliche Teilnahme und Engagement in Frage stellt.

All diese Fragen wollen wir an unserer Tagung klären. Sollten wir uns am Samstag, den 12. Juni 2004, für die Teilnahme aussprechen, wird dann die 7. Armutskonferenz von unten am 30. Juni 2004 definitiv darüber entscheiden.



Bis zum 30. Juni 2004 bitten wir auch alle, die sich als KandidatInnen für den Grossen Rat zur Verfügung stellen wollen, dies mit beigelegtem Talon zu machen. Je mehr Leute es sind, desto besser und einfacher wird es. Die Teilnahme am Samstag ist nicht zwingend, aber wünschbar für eine allfällige Kandidatur.



Wir hoffen, euch am Samstag zahlreich begrüßen zu können.

Mit herzlichen Grüssen

Arbeitsgruppe Wahlen der Armutskonferenz von unten

Aus einer Einladung zur Vorbereitung zur 7. Armutskonferenz, 2004.

ter, auf denen sie zur „Armutskonferenz“ einlud. Hatte man genug „Anklagen“ gesammelt, so die Idee, sollte die Situation an einem Armutstribunal öffentlich angeprangert werden. Doch nach der ersten Konferenz, die am 31. Oktober 2003 am Lindenberg 12 stattfand, zeigte sich, dass die Betroffenen nicht einfach so bereit waren, an die Öffentlichkeit zu gehen und sich zu „outen“. Es brauchte noch mehr Konferenzen, um Vertrauen zu schaffen. Also luden das AKB und die IGA jeweils am Mittwochnachmittag zu Treffen in der St. Josefs-Kirche ein. Erst nach fünfzehn solcher Konferenzen, Ende 2004, fand im Theater Basel das erste Armutstribunal statt. Dabei trafen die Armutsbetroffenen direkt auf die Entscheidungsträger: Neben Rolf Maegli, damals Vorsteher der Sozialhilfe Basel-Stadt, nahm mit Urs Schweizer, dem damaligen Präsidenten der FDP Basel-Stadt, auch ein bürgerlicher Politiker teil. Während die Beamten und Politiker hinten auf der Bühne platziert waren, sassen die Armutsbetroffenen vorne, um ihre Anklagen zu äussern. Anschliessend kam es zu einer Diskussion.

Diese Tribunale – ein zweites fand 2006, ein drittes 2008 statt – konnten die Situation der SozialhilfebezügerInnen direkt verbessern: Die Unterstützungsrichtlinien waren nicht länger geheim, sondern wurden öffentlich. Und einer weiteren Forde-

rung kam die Stadt Basel nach: Vor den Armutstribunalen mussten auch Sozialhilfeempfänger beziehungsweise Menschen am Existenzminimum Steuern zahlen – ein bürokratischer Unsinn. 2009, ein Jahr nach dem dritten Tribunal, fiel die Regelung weg. „Das hat vor allem Menschen in prekären Verhältnissen sehr geholfen. Denn dass sie Steuern zahlen mussten, die sie erst Monate später zurückerstattet bekamen, hat ihren finanziellen Spielraum noch mehr eingeschränkt.“ Auch die Videoüberwachung bei Gesprächen innerhalb der Sozialhilfe wurden aufgehoben. Aus den Armutskonferenzen und -tribunalen entstand ausserdem eine politische Partei, die Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung.

Inzwischen stehen die Kontaktstelle und die IGA in regelmässigem Kontakt mit der Sozialhilfe. An zwei bis drei Treffen jährlich können sie, zusammen mit anderen Organisationen, intermediär zwischen den Betroffenen und den Behörden wirken und die Problemlage schildern. Das dient als eine Art User-Dialog, bei dem die Kunden, also die Sozialhilfeempfänger, sich direkt an die Behörde wenden können.

Nach dem dritten Armutstribunal von 2008 fand kein viertes mehr statt, obwohl die Veranstaltungen jedes Mal gut besucht waren. War dem AKB und der IGA einfach die Puste ausgegangen? „Nein“, meint Hans-Georg Heimann, „es war vielmehr

so, dass sich unser Fokus verändert hat. Politische Aktionen sind zwar gut und haben auch eine Wirkung. Aber wir haben gemerkt, dass sich im Leben der Betroffenen selbst dadurch nicht viel verändert, jedenfalls nicht gleich.“ Politische Aktionen geben Armutsbetroffenen nicht automatisch ein besseres Selbstwertgefühl. Auch ändern sie nur wenig in Bezug auf die Gesundheit und das soziale Netz der Betroffenen, die bei einer längeren Stellenlosigkeit angeschlagen sein können. Aus diesem Grund entwickelte die Kontaktstelle in der zweiten Hälfte der Nullerjahre verschiedene Selbsthilfeprojekte, die die Lage der Armutsbetroffenen und Langzeitarbeitslosen direkt verbessern sollten. Eines davon sind die Gesundheitstage. Auch das Stadthelferzentrum und Koop resultierten direkt aus dem Armutstribunal.

3.2. Gesundheitstage

Oft entstehen neue Selbsthilfeprojekte aus den Beratungen heraus. Im direkten Kontakt mit den Erwerbslosen spüren die MitarbeiterInnen schnell, welche Bedürfnisse sie haben. Als die Beraternen beispielsweise Mitte der Nullerjahre merkten, dass Langzeitarbeitslose vermehrt an Einsamkeit und, damit verbunden, einer angeschlagenen Gesundheit

litten, entstanden 2006 die „Gesundheitstage“. Erwerbslose und Armutsbetroffene verbringen gemeinsam einen Tag in der Natur. Dabei erwerben sie neue Fähigkeiten und knüpfen Kontakte.

Die Kontaktstelle hofft, die Gesundheit der Arbeitslosen damit ein Stück weit stabilisieren zu können. Spätestens nach einem Jahr, so die Erfahrung von Cathérine Merz, fällt es Arbeitslosen schwer, eine Tagesstruktur beizubehalten. Weil sie sich nicht gebraucht fühlen, leidet nicht nur das Selbstwertgefühl, auch die Gefahr von Suchtproblemen steigt. „Wenn man dann die Selbstfürsorge vergisst, können Krankheiten entstehen“, so Merz.

Erwerbslose sind wegen der knappen finanziellen Mittel oft gezwungen, sich sozial einzuschränken. An den Gesundheitstagen können sie dagegen neue Leute treffen. Die Atmosphäre ist solidarisch, man begegnet sich auf Augenhöhe und ohne Vorurteile. Dadurch verringern die gemeinsamen Ausflüge auch die Einsamkeitsgefühle, die Ursache zahlreicher Leiden sind.

Das Veranstaltungsangebot spiegelt dabei die Vielfältigkeit der Teilnehmer wider. Die Wanderungen werden jeweils mit einem Wissens- oder Sportthema verbunden. Beliebte war beispielweise ein Bogenschiesskurs. Obwohl für die Gesundheitstage

Gesundheitstage
Wochenende auf der Alp, 2016.



manchmal externe ExpertInnen herangezogen werden, kommen viele Themen von den Teilnehmenden selbst. Die vielen Talente, die in den TeilnehmerInnen schlummern, überraschen die zwei Leitenden (Cathérine Merz und Hans-Georg Heimann) immer wieder. So gab es schon Kurse zu Bäumen, Beeren oder über Permafrost. Auch philosophische Wanderungen finden regelmässig statt. Man könnte fast schon von einer „Natur-Uni“ sprechen. Anders als normale Universitäten ist diese Uni aber äusserst günstig: Die Kontaktstelle achtet darauf, die Kosten für die Teilnehmenden so gering wie möglich zu halten. Die Ausflüge finden deshalb meistens in der Region Basel statt, wie auf der Belchenflue oder in Mariastein. Ausser der Verpflegung und dem ÖV-Billett entstehen für die Teilnehmer keine Kosten. Menschen, die sich in einer finanziellen Notlage befinden, erstattet die Kontaktstelle zudem die Fahrkosten. Einmal jährlich bieten die Gesundheitstage zudem einen besonderen Höhepunkt: ein Wochenende auf einer Alp im Graubünden. Für viele Teilnehmende ist es das erste Mal seit Jahren, dass sie Zeit in den Bergen verbringen können. Zusammen mit anderen in einem Massenlager zu übernachten, ist für manche TeilnehmerInnen zwar eine Herausforderung. Doch die meisten springen über ihren Schatten. Vor allem die Kräuterwanderun-

gen mit Manuela Häfliger wollen sie sich nicht entgehen lassen. Manuela Häfliger kennt das Arbeitslosenkomitee bereits seit den Neunzigern. In ihrer Freizeit hat sie sich ein riesiges Fachwissen erarbeitet, das sie an die Teilnehmenden weitergibt. Sie zeigt ihnen, welche Kräuter essbar sind, und verarbeitet sie gleich mit ihnen.

Bis zu zehn Gesundheitstage finden jedes Jahr statt. Die Gesundheitstage müssen gut vorbereitet werden. Einmal nahmen 25 Personen am Wochenende auf der Alp teil. Das die beiden Leitenden an ihr Limit brachte. Mehrfach kam es zu schwierigen Situationen. Eine Teilnehmerin entwickelte angesichts einer Kuhherde panische Angst. Obwohl Cathérine Merz selbst viel Respekt vor den grossen Tieren hat, nahm sie die Teilnehmerin an der Hand und führte sie sicher an den fast hundert Kühen vorbei. „Keine Frage, einen Tag mit 12 bis 15 Menschen zu verbringen, von denen viele ein Problem im Rucksack haben, kann erdrückend sein“, so Merz. „Aber wir staunen auch immer wieder, wie viele Probleme sich in der Natur auflösen. Man ist füreinander da.“ Seit mehr als zehn Jahren gibt es die Gesundheitstage. Cathérine Merz und Hans-Georg Heimann haben das Projekt während dieses langen Zeitraums fast unentgeltlich geführt. Auch in Zukunft wird die Kontaktstelle dieses Angebot

fortführen, der Bedarf ist gross. Das merken die beiden an fast jedem Gesundheitstag. Was empfinden sie dabei als besonders schön? Cathérine Merz muss nicht lange überlegen. „Wenn ich merke, dass sich zwei TeilnehmerInnen auch ausserhalb des Gesundheitstages treffen, etwa um gemeinsam spazieren zu gehen. Es ist immer schön, dazu beitragen zu können, dass neue soziale Kontakte entstehen.“

3.3. Stadthelfer & Koop

Aus dem politischen Engagement des AKB bei der Armutskonferenz und dem Armutstribunal entstanden neben den Gesundheitstagen noch andere Selbst-

hilfeprojekte. Einige davon haben sich bis heute gehalten.

Mitte der Nullerjahre kam es aufgrund des Drucks bürgerlicher Basler Parteien zu einer Kürzung des Grundbedarfs. Diese Kürzungen seien aber nicht gravierend, hiess es vonseiten der Behörden. Zum Ausgleich würde nämlich eine Integrationszulage von 100 Franken pro Monat für SozialhilfeempfängerInnen, die Freiwilligenarbeit leisten, propagiert (eigentlich gab es die Integrationszulage früher schon, nur wusste niemand davon). Viele waren nur allzu gerne bereit, Freiwilligenarbeit zu leisten. Bloss konnten längst nicht alle SozialhilfeempfängerInnen einen Freiwilligeneinsatz finden. Es fehlte eine zentrale Plattform, über die man sich informieren konnte.



17. Oktober 2008. Die Koop-Projekte stellen sich vor.

Also wandte sich das AKB an Rolf Maegli, den damaligen Leiter der Basler Sozialhilfe, und forderte eine solche Plattform. Maegli liess sich überzeugen und erwirkte, dass die Christoph-Merian-Stiftung einen Projektkredit gewährte. Die beauftragte Person entwickelte das erfolgreiche Stadthelferprogramm, das seit über 10 Jahren ein integrierter Bestandteil der sozialen Integration der Sozialhilfe Basel ist. Wer über 55 Jahre alt ist und keine Drogen- oder Alkoholprobleme hat, kann sich im Programm für einen zweitägigen Einführungskurs einschreiben, der sie oder ihn befähigt, Freiwilligenarbeit zu leisten. Danach finden im Stadthelferzentrum an der Vogesenstrasse 110 jeweils die monatlichen Gruppentreffen statt. Das Lokal wird vom Verein „Stadthelferzentrum“ geführt und von der Kontaktstelle begleitet. Im Lokal liegt eine Liste aus mit möglichen Einsätzen. Das Angebot ist vielfältig, denn der Bedarf an freiwilligen Helfern ist gross. Zahlreiche AltersheimbewohnerInnen freuen sich, wenn Freiwillige mit ihnen spazieren gehen. Andere helfen bei Mittagstischen oder in Quartierzentren und Kirchen aus. Auch die Stadtgärtnerei profitiert von der Freiwilligenarbeit, die es ihr ermöglicht, das Rheinbord zu pflegen. Insgesamt sind über hundert Personen im Einsatz. Im Lokal, das neben einem Aufenthaltsbereich mit Computern auch über eine

Küche und einen Keller verfügt, treffen sich Projekt- und Lerngruppen. Dazu zählt auch das „Wissens-Café“ der Kontaktstelle für Arbeitslose. Die Teilnehmer dieser Bildungsbörse treffen sich jeden Mittwoch, um neue Ideen auszutauschen und einander neue Fähigkeiten beizubringen oder über die Wissensgebiete, die sie interessieren, zu sprechen. Die Idee für dieses Volksbildungsprojekt stammt ursprünglich aus den Pariser Banlieues. 2016 reichte das Angebot von Vorträgen zu Bodenbiologie oder Comics bis hin zu einer Einführung in das Werk Heraklits oder Heinrich Heines. 2007 entwickelte die Kontaktstelle ein zweites Projekt – nach den Gesundheitstagen – zur direkten Selbsthilfe. Vier StudentInnen der sozialen Arbeit waren an die Kontaktstelle getreten mit einer Idee, die sie im Rahmen eines Projektpraktikums verwirklichen wollten: Langzeiterwerbslose sollten mit gemeinschaftlich geführten Unternehmen in den Arbeitsmarkt zurückfinden. Die Gruppe lud Arbeitslosen-genossenschaften aus Deutschland ein, die ihnen ihr partizipatives Arbeitsmodell erklärten. Auf dieser Basis entwickelte die Gruppe gemeinsam mit Erwerbslosen und Armutsbetroffenen eigene Ideen und bildete mehrere Arbeitsgruppen, um sie zu verwirklichen. Eine Gruppe plante, eine Stadtteilgenossenschaft aufzubauen. Dort sollten die Langzeitarbeitslosen den

Quartierbewohnern unter einem Dach verschiedene, nachgefragte Dienstleistungen anbieten können von der Gartenarbeit über Schreibarbeiten bis hin zur Einkaufshilfe. Bereits lag ein umfassendes Konzept vor, doch bevor das Projekt lanciert werden konnte, hatten alle TeilnehmerInnen eine neue Stelle gefunden. Andere Gruppen recycelten Computer, um sie günstig wieder zu verkaufen, oder boten Näh- und Flickdienste an. Eine weitere Gruppe baute die Homepage „Kreti & Pleti“ auf, die bis heute existiert (www.kretiundpleti.ch). Dort finden Armutsbetroffene zahlreiche Tipps für kostenlose Kultur-Angebote in der Stadt, vom Jazz-Konzert über den kostenlosen Museumsbesuch bis hin zu einer Gartenführung. Daneben listet die Webseite auch Hinweise auf Tauschringe oder Werkstätten auf, in denen man für wenig Geld eigene Möbel bauen oder Fahrräder reparieren kann. Ein Blick auf die Webseite zeigt, dass es im Raum Basel zahlreiche Möglichkeiten gibt, ein „gutes Leben mit wenig Geld“ zu verwirklichen, wie das die Betreiber der Homepage versprechen.

3.4. Schlemmergarten

2006 besuchten die TeilnehmerInnen eines Gesundheitstages einen Bauernhof bei Roggenburg. Dabei entstand eine lebhaft Diskussion über Ernährung und

bald auch über Lebensmittelverschwendung. Die TeilnehmerInnen empörten sich über die vielen Produkte, welche Tag für Tag von den Grossverteilern weggeworfen werden, obwohl sie eigentlich noch einwandfrei sind.

Zur gleichen Zeit erkannte das Beratungsteam der Kontaktstelle, dass sich viele Armutsbetroffene unfreiwillig ernähren, weil sie sich oft nur ein wenig finanziellen Spielraum verschaffen können, indem sie beim Essenskauf sparen. Diese Erkenntnis und die Diskussion während des Gesundheitstages führten zu einer Kooperation des Stadthelferzentrums mit der Schweizer Tafel. Diese lieferte nun jeden Freitag einwandfreie Speisen ins St. Johann, die bei den Grossverteilern liegen geblieben waren. Damit leistete das Stadthelferzentrum nicht nur einen kleinen Beitrag im Kampf gegen die Wegwerfmentalität, sondern ermöglichte auch mehreren Armutsbetroffenen, sich ohne Mehrkosten gesünder zu ernähren. Das reichte jedoch bei Weitem nicht, um wirklich gegen das Problem vorzugehen. Ein grösseres Projekt war nötig, eines, bei dem die Selbstermächtigung im Vordergrund stand. Die Armutsbetroffenen sollten sich selbst mit gesunden Nahrungsmitteln versorgen können. Dazu liess sich die Kontaktstelle von der Familiengartenbewegung aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg inspirieren.

Damals hatten sich ArbeiterInnen zusammengeschlossen, um gemeinsam Gärten zu bewirtschaften und eine Versorgung mit vitaminreichen Nahrungsmitteln sicherzustellen. Das sollte auch das neue Projekt „Schlemmergarten“. In einem Gemeinschaftsgarten würden Armutsbetroffene Bio-Gemüse und -Früchte für den Eigenbedarf produzieren wie Tomaten, Kartoffeln, Feigen und Trauben etc. Gleichzeitig sollte die gemeinsame Arbeit im Garten, ähnlich wie die Gesundheitstage, Menschen aus den unterschiedlichsten Lebenslagen und sozialen Schichten zusammenbringen.

Die Kontaktstelle trat erneut an Rolf Maegli heran, der dem Projekt eine kleine Subvention verschaffte. 2010 fand die Gruppe auf dem Bruderholz einen Privatgarten, den sie bewirtschaften konnten. „Unsere Gemüsebeete lagen mitten zwischen Villen und Swimming Pools“, erinnert sich Hans-Georg Heimann. Nach dieser ersten Pilotphase wurde das Projekt 2013 neu lanciert. Die Schlemmergärten standen nun allen offen, egal ob jemand von Armut betroffen war oder nicht. Inzwischen hatte die Gruppe zwar das Areal auf dem Bruderholz wieder aufgeben müssen. Dafür waren im Herbst 2013 sechs Gartenparzellen im Hagnauareal in Birsfelden, im Bachgraben und nahe der Burgfelder Grenze dazugekommen sowie ein Garten mit Hoch-

stamm-Obstbäumen in Reihen und ein Rebberg am Tüllinger Hügel. Im Herbst werden die überschüssigen Früchte und das Gemüse in den Räumlichkeiten der IGA an der Oetlingerstrasse zu Chutneys und Marmeladen verarbeitet. So haben die GärtnerInnen auch im Winter etwas davon.

Die in den Gärten Tätigen verwalten sich selbst, unterstützt von einer Projektbegleiterin. Bis Ende 2015 war Cecilia Speranza zuständig, 2016 übernahm Sarah Lötscher.

2015 fielen die Areale im Bachgraben weg, dafür wird auf den anderen Arealen umso fleissiger gearbeitet. Das Ziel, ein Drittel des Gemüse- und Früchtebedarfs der Leute selbst zu produzieren, wurde auch 2016 erreicht. Die GärtnerInnen ernteten über 600 Kilogramm Äpfel und Zwetschgen.

In den Gärten arbeiten ganz unterschiedliche Menschen und jedes Jahr andere zusammen. Die gemeinsame Arbeit ist sehr motivierend und verschafft den GärtnerInnen eine Alltagsstruktur und die Möglichkeit, sich vom hektischen Stadtleben zurückziehen. Wenn Menschen so eng zusammenarbeiten, kommt es aber auch zu Konflikten – besonders, da viele der GärtnerInnen eine schwierige Lebensgeschichte haben. Von der Projektkoordinatorin Sarah Lötscher verlangt dies einiges an Fingerspitzengefühl. Die

Arbeit im Garten ist oft sehr emotional, weil die Menschen viel Zeit und Energie in ihre Beete und ihre Pflanzen stecken. Das bestätigt auch Hans-Georg Heimann: „Die Schwierigkeit besteht darin, dass in den Gärten nicht gleich ein konkretes Ergebnis vorliegt. Man sät im Frühjahr aus und muss monatelang warten, bis man weiss, ob es geklappt hat.“

Sarah Lötscher hält gerade die Konflikte für sehr gewinnbringend: „Darin steckt immer die Chance zur Besserung“, erklärt sie in einer Reportage über das Projekt in der „Surprise“. Beson-

ders schön findet sie nicht nur, dass die unterschiedlichsten Menschen zusammentreffen, sondern dass die Menschen auch eigene Ideen einbringen können. So pflanzen die südamerikanischen und afrikanischen GärtnerInnen etwa Gemüse aus ihren Heimatländern an. Und trotz der Konflikte finden die GärtnerInnen immer wieder zusammen, um grössere Ideen zu realisieren: Anfang 2017 bauten sie etwa gemeinsam im Hagnauareal ein kleines Gewächshaus. So können sie in Zukunft noch früher mit dem Anbau beginnen.



Arbeit im Schlemmergarten.



< Team und Vorstand 2017.

V.l.n.r. Mathias F. Böhm, Carol Hélan (Praktikantin), Cathérine Merz, Florian Oegerli (Zivildienstleistender), Mariann Gloor, Anne-Lise Hilty, Claudia Studer, Antoinette Voellmy, Patrick Lautenschlager, Sarah Lötscher, Marcus Cottiat, Béatrice Bowald, Hans-Georg Heimann. Nicht auf dem Bild: Keren Wernli.

3.5. Die Kontaktstelle für Arbeitslose heute

Auch über dreissig Jahre nach ihrer Gründung nimmt die Kontaktstelle im sozialen Basel einen wichtigen Platz ein. Das Beratungsteam um Cathérine Merz, Hans-Georg Heimann und Patrick Lautenschlager teilt sich zusammen mit Sarah Lötscher und Claudia Studer 220 Stellenprozent. Die Beratungen finden am Montag-, Dienstag-, Donnerstag und Freitagmorgen statt, wobei man sich vorgängig anmelden muss. Die Kontaktstelle bietet eine niederschwellige und unabhängige Beratung an (s. 3.6.). Es gibt keine Auflagen wie bei anderen Beratungsstellen, wo oft nur KlientInnen, die bestimmte Kriterien erfüllen, einen Termin erhalten. Dadurch würden zahlreiche Personengruppen ausgeschlossen, stellt Claudia Studer fest. „Menschen mit prekären Jobs, junge Mütter oder Leute, die aus einer Selbständigkeit heraus ins Trudeln gekommen sind, werden oft nicht beraten.“ Bei der Kontaktstelle dagegen sind nicht nur Langzeitarbeitslose oder Sozialhilfeempfänger willkommen, sondern auch Menschen, die sich vor einem baldigen Stellenverlust fürchten oder an ihrem

Arbeitsplatz gemobbt werden. Sich diese Unabhängigkeit zu bewahren, ist nicht immer einfach. Die Kontaktstelle wird heute zu knapp einem Drittel vom Kanton finanziert. Die restlichen Mittel stammen aus Stiftungen und den Kirchen. Die Beratungsarbeit wird von verschiedenen Selbsthilfeaktivitäten begleitet, darunter die Gesundheitstage und die Schlemmergärten. Diese Aktivitäten, die über separate Projektbeiträge ermöglicht werden, helfen Langzeitarbeitslosen, Armutsbetroffenen oder Menschen mit einer Beeinträchtigung, Kontakte zu knüpfen, sich in die Gemeinschaft einzubringen und etwas für ihre Gesundheit zu tun. Auch diese Projekte orientieren sich am Prinzip der Freiwilligkeit. Zwar hat sich das Aufgabenfeld der Kontaktstelle seit 1984 geändert und die Gründungsmitglieder sind älter geworden, aber die Werte der Kontaktstelle sind seit den Achtzigern und Neunzigern unverändert. Neben der Freiwilligkeit sind dies vor allem das Empowerment und die Selbstorganisation: Armutsbetroffene und Arbeitslose sollen nicht nur im Umgang mit ArbeitgeberInnen und Behörden beraten werden, sie erhalten auch Hilfe zur Selbsthilfe.

Getreu dem Motto: „Nur wer sich wandelt, bleibt sich gleich“, war es der Kontaktstelle auch immer wichtig, die eigene Arbeit stets von Neuem kritisch zu reflektieren und sie an die sich verändernden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umstände anzupassen. Seit ihrer Gründung versteht sich die Kontaktstelle als „lernende Organisation“. Sie beobachtet aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Arbeit, Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsrecht und Prekarität, arbeitet eng vernetzt und bringt ihre Beobachtungen und Impulse in gemeinsame Gremien mit Gruppen, Organisationen und Behörden ein. Ihre Flexibilität verhindert, dass sie als Organisation erstarrt. Dafür sorgen auch die flache Hierarchie und die selbstverwaltete Praxis. In den zweiwöchentlichen Teamsitzungen können sich alle MitarbeiterInnen einbringen. Ebenso wichtig ist das Lohnmodell: Die Löhne sind zeitgemäss und fair und alle MitarbeiterInnen verdienen gleich viel. Die Kontaktstelle wird in ihrer Arbeit vom Vorstand unterstützt, der als strategisches Entscheidungsorgan fungiert. Darin sind verschiedene gesellschaftliche Positionen sowie die Arbeitgeberseite vertreten, um eine möglichst ganzheit-

liche Perspektive zu gewähren. Da der Verein in der Tradition der Selbstverwaltung steht, sind auch die Co-Leiterinnen der Kontaktstelle Mitglieder des Vorstands, in dem sie die Meinung und die Anliegen des Teams vertreten. „Anders als in anderen Organisationen führt die Geschäftsstelle nicht einfach aus, was der Vorstand beschlossen hat. Vielmehr kommen die Impulse in der Regel von der Geschäftsstelle und werden durch den Vorstand kritisch reflektiert“, wie Claudia Studer erklärt. Regelmässige Retraiten von Vorstand und Team helfen die Selbstreflexion vertiefen. Wichtig ist zudem die Unterstützung von PraktikantInnen und Zivildienstleistenden. Diese jungen Menschen haben einen unvoreingenommenen, neugierigen Blick auf die Arbeit der Stelle und sorgen deshalb oft für neuen Wind und neue Ideen. Wie aber zeigen sich die Werte der Kontaktstelle in der konkreten Beratungsarbeit? Mit welcher Haltung begeben sich die BeraterInnen in ein Gespräch? Im nachfolgenden Interview gewährt Cathérine Merz einen Einblick in ihre Arbeit.

3.6. Einblick in die aktuelle Beratungsarbeit der Kontaktstelle: Interview mit Cathérine Merz, Beraterin im integrativen Verfahren

Du engagierst dich seit 1992 für Erwerbslose. Wie bist du damals auf den „Verein Kontaktstelle für Arbeitslose“ aufmerksam geworden?

Ursprünglich habe ich als Sozialpädagogin gearbeitet. Anfangs der Neunziger verlor ich meine Arbeit, gleichzeitig ging eine Beziehung in die Brüche. Plötzlich stand ich als alleinerziehende Mutter eines zweijährigen Sohnes da und musste zweimal pro Woche aufs Arbeitsamt, wo ich eines Tages Hans-Georg Heimann und einem Kollegen begegnete. Sie luden alle Basler Erwerbslosen zu einer grossen Versammlung ein und ich beschloss, hinzugehen. Dort kam die Idee auf, eine eigene Arbeitslosenzeitung herauszugeben, an der ich mich beteiligte. Mir hat diese Arbeit sehr gefallen. Zum ersten Mal konnte ich erleben, was es heisst, sich politisch und rechtlich für die Allgemeinheit einzusetzen.

Ist dir bei der Beratungsarbeit dein sozialpädagogischer Hintergrund zugutegekommen?

Bevor ich zur Kontaktstelle stiess, war ich zehn Jahre lang als Sozialpädagogin berufstätig. Dabei hatte ich mit erwachsenen

Behinderten, Kleinkindern und Jugendlichen zu tun und konnte ein gewisses Rüstzeug erwerben, was das Zwischenmenschliche angeht. Der Umgang mit erwerbslosen Menschen und Armutsbetroffenen ist aber natürlich ein anderer. Auch das arbeitsrechtliche Hintergrundwissen musste ich mir erst erarbeiten.

Wie lange hat es gedauert, bis du effektiv Beratungen machen konntest?

Vielleicht ein Jahr, es war ein fliessender Übergang. Die Kontaktstelle zog zusammen mit der Gewerkschaft IGA ins Zentrum Bläsiring, wo viele zusätzliche Selbsthilfeprojekte entstanden, bei denen ich aktiv mithalf: beim Mittagstisch, im Computerraum und im Kinderhort für erwerbslose Eltern, die ihre Kinder stundenweise vorbeibringen konnten.

Wieso lief damals so viel auf einmal?

Die Arbeitslosigkeit in Basel-Stadt war damals sehr hoch und es gab noch keine Beschäftigungsprogramme. Die kamen erst 1996/97 auf, was dann dazu führte, dass sich plötzlich viel weniger Erwerbslose in unseren Projekten engagieren konnten, weil ihnen die Zeit fehlte.

Trotzdem bist du auch nach der Krise bei der Kontaktstelle geblieben. Warum?

Weil ich gerne mit Menschen arbeite. Und weil es weiterhin mehr als genug zu tun

gab. Die Beratung war so gut besucht wie zuvor. Ausserdem gefällt mir die Kombination von verschiedenen Arbeitsbereichen, von Projektarbeit und Beratung, sehr gut. Die Arbeit bei der Kontaktstelle ist das Gegenteil von Routine.

Wie meinst du das?

Jeder Arbeitstag ist anders. Jeder Mensch, der in die Beratung kommt, ist ein Individuum mit einem einzigartigen Schicksal. Und jedes unserer Selbsthilfeprojekte hat eine eigene, spannende Dynamik.

Macht sich nach über 20 Jahren in der Beratung bei dir nicht trotzdem eine gewisse Routine bemerkbar?

Nein, denn auch die rechtliche Situation ändert sich ständig und wir als Beratende müssen immer auf dem neusten Stand bleiben. Dazu kommt, dass sich auch die Probleme der Leute ändern. Um die Jahrtausendwende gab es zum Beispiel eine Zunahme von Mobbing-Fällen. Heutzutage finden dagegen viele Leute mit Burnout den Weg zu uns. Als Beraterin darf ich nicht stehen bleiben und muss mich ständig weiterentwickeln.

Eine Zeit lang warst du auch politisch engagiert und hast in Basel für die Liste 13 kandidiert. Wie hängen für dich politisches Engagement und Beratungsarbeit zusammen?

Ich erlebe eine grosse Kluft zwischen der Art, wie die wirtschaftliche Situation der Schweiz politisch und medial dargestellt wird, und den Schicksalen, die mir begegnen. Dadurch, dass viele MitarbeiterInnen der Kontaktstelle gleichzeitig Mitglieder der Gewerkschaft IGA sind, haben wir die Möglichkeit, ausserhalb der Kontaktstelle etwas zu lancieren. Momentan kämpfen wir beispielsweise dafür, dass die prekäre Arbeit auf Abruf, die leider viel weiter verbreitet ist, als man denkt, gesellschaftlich endlich thematisiert wird und es zu politischen Veränderungen kommt.

Wie erleben die Leute, die in deine Beratung kommen, ihre eigene Erwerbslosigkeit?

Viele Leute, die hierherkommen, sind zum ersten Mal arbeitslos. Das ist oft ein Schock. Da steckt man über Jahre sehr viel Energie in einen Job, während die Aussenwelt einfach funktioniert, ohne dass man sich gross um sie kümmert. Und auf einmal spürt man die Auswirkungen wirtschaftlicher Entwicklungen am eigenen Leib. Extremer sind die Fälle, in denen Leute 20, 30 Jahre lang in einem Betrieb arbeiteten und jetzt kurz vor der Pensionierung einen Zwangsausstieg machen müssen, weil ihnen gekündigt wird. Das ist nie einfach. Umgekehrt gibt es auch Leute, die in ihrem Lebenslauf viele Lücken haben, weil sie etwas anders ticken und an keiner Stelle lange bleiben.

Die haben aber etwas weniger Probleme als früher, weil sich der Zeitgeist geändert hat. Heute ist eher die Tendenz verbreitet, dass man sich so viele Erfahrungen wie möglich holt und dann das Beste herauspickt.

Hat sich bei dir eine Haltung im Umgang mit den Menschen herauskristallisiert, die in deine Beratung kommen?

Meine Art zu beraten ist eine Mischung aus meinem Charakter, meinen Erfahrungen und meinem Umgang mit Menschen. Lange Zeit waren wir von der Kontaktstelle so etwas wie Autodidakten. Wir wünschten uns einen theoretischen Hintergrund, einen klarer definierten „Werkzeugkasten“. Deshalb haben Hans-Georg Heimann und ich uns von 2009 bis 2011 im Integrativen Verfahren weiterbilden lassen.

Zu dem Zeitpunkt hattest du über fünfzehn Jahre Ausbildungserfahrung. Wozu da noch eine weitere Ausbildung?

Alle BeraterInnen der Kontaktstelle treffen sich zweiwöchentlich zur Fallbesprechung. In den Nullerjahren hatten wir es mit vielen schwierigen, lang andauernden Mobbingfällen zu tun. Da haben wir gemerkt, dass wir unsere Arbeitsweise hinterfragen mussten. Rückblickend bin ich froh, dass ich die Ausbildung gemacht habe. Dadurch konnte ich meine Methodik professionalisieren.

Kannst du erklären, was das Integrative Verfahren ausmacht?

Das Integrative Verfahren legt allen Beratungen ein Fünf-Säulen-Modell zugrunde. Dieses Modell deckt die wichtigsten Lebensbereiche ab: die Leiblichkeit, das soziale Netzwerk, die Arbeit, die materielle Sicherheit und die Werte. Bei den Menschen, die in die Beratung kommen, schwankt mindestens eine dieser Säulen. Oft sind es auch mehrere, zum Beispiel geht zusammen mit der Arbeit auch die materielle Sicherheit verloren. Auch das soziale Netzwerk kann sich bei Langzeitarbeitslosigkeit verkleinern, weil die Mittel zu knapp sind, um regelmässig etwas mit Freunden zu unternehmen. Meine Aufgabe ist es, herauszufinden, welche Bereiche besonders angeschlagen sind und um welche man sich zuerst kümmern muss. Ist ein Mensch gesundheitlich angeschlagen, schauen wir, dass er sich stabilisieren kann. Dazu kümmern wir uns um die rechtlichen Probleme, die die Person nicht selbst lösen kann, um den Druck zu verringern. Wir schauen aber auch, ob eine Person bereits unterstützt wird, ob etwa eine Psychiaterin oder eine Psychologin mitinvolviert ist.

Was macht ihr sonst noch, um jemanden, der gesundheitlich angeschlagen ist, zu stabilisieren?

Es ist mir wichtig, den Menschen zu vermitteln, dass sie zwar Verpflichtungen haben, aber dass sie sich gerade deshalb immer wieder Gutes tun sollen. Das ist unerlässlich für die psychische Stabilität und das Wohlbefinden. Deshalb darf man als Arbeitsloser auch einmal um 10 Uhr morgens in die Badewanne sitzen und Musik hören oder ins Tessin fahren. Das ist besser, als ständig zuhause im Kämmerlein zu sitzen. Auch achten wir darauf, dass jemand sich ein soziales Umfeld bewahren oder ein neues aufbauen kann. Deshalb bieten wir unter anderem die „Gesundheitstage“ an, bei denen Erwerbslose gemeinsam etwas in der freien Natur unternehmen können. Unser „Schlemmergarten“-Projekt dient einem ähnlichen Zweck: Durch die gemeinsame Gartenarbeit können die Teilnehmenden eigenes Obst und Gemüse ernten.

Anderen Stellen bieten nur eine limitierte Anzahl Beratungen an. Ihr dagegen begleitet die Leute so lange, wie sie das wünschen. Weshalb?

Wir glauben, dass dieses Sich-Zeit-Nehmen für die Menschen besonders heilsam ist. Wir sagen nicht nach fünf Sitzungen: „Jetzt ist Schluss!“ Vielmehr begleiten wir die Leute so lange, wie sie das brauchen. Das ist wohl ziemlich einmalig.

Braucht das von dir als Beraterin nicht extrem viel Energie?

Nach einer Stunde Beratung ist bei mir jeweils Schluss, denn dann ist sowohl meine als auch die Konzentrationsfähigkeit der KlientInnen erschöpft. Manche Menschen wollen dann noch weiterreden, dann sage ich ihnen, dass wir uns ja bald wieder sehen werden. Anstrengend bleibt es trotzdem. Immer wieder gibt es auch Momente, in denen jemand zu weinen anfängt.

Wie reagierst du in einem solchen Fall?

Wenn ich spüre, dass jemand beim Erzählen sehr dünnhäutig wird, halte ich inne und höre einen Moment zu. Gleichzeitig versuche ich, diese Gefühle aufzufangen, um die Person wieder „zurückzuholen“. Allenfalls weise ich dann auch darauf hin, dass sie dieses Thema vielleicht besser mit einer Fachperson bespricht, einer Psychologin oder einer Psychiaterin etwa.

Ein schwieriger Spagat: Für jemanden da sein, empathisch sein, sich aber nicht reinziehen lassen.

Ich betrachtete die Situation von aussen, muss das Gespräch aber gleichzeitig mittragen. Wenn es gar nicht mehr geht, bitte ich darum, dass wir unterbrechen und uns ein anderes Mal treffen. Ich bin immer sehr bedacht darauf, dass jemand, der in die Beratung kommt, die Kontaktstelle

nicht mit einem schlechten Gefühl verlässt, sondern sich ein Stück weit stabilisieren kann. Die Gewissheit, dass wir uns bald wieder sehen, kann da sehr hilfreich sein. Die Gesprächstermine liegen jeweils auch nahe beieinander.

Warum?

Am Anfang braucht es das oft. Die Leute haben meist wahnsinnig viele Fragen. Und hinter diesen Fragen verbirgt sich meist ein psychosoziales Problem, das die Leute im Gespräch einholt. Ein Stellenverlust etwa ist mehr als nur ein Stellenverlust.

Wie meinst du das?

Wenn sich jemand sehr mit seiner Arbeit identifiziert, ist ein plötzlicher Stellenverlust wie ein Tritt in den Bauch. Dazu kommen Existenzängste und Sorgen, die je nach Alter und familiärer Situation ganz anders aussehen. Manchmal verweise ich hier auf externe Angebote, zum Beispiel eine Trauerarbeit.

Trauerarbeit bei Stellenverlust? Wie muss man sich das vorstellen?

Menschen trauern oft, nachdem eine langjährige Beziehung zu Ende gegangen ist. Nun gibt es viele Menschen, die eine lange und positive Beziehung mit ihrer Arbeit hatten, für die die Arbeit einen Teil ihrer Identität ausmachte. Wenn sie ihre Stelle verlieren, stehen sie massiv

in der Trauer. Sie konnten sich vielleicht nicht einmal mehr von ihren langjährigen Arbeitskollegen verabschieden. Es kann wichtig sein, dass jemand sich in so einem Fall mit denjenigen, mit denen sie oder er sich gut verstanden hat, noch einmal trifft und austauscht.

Du machst fast jeden Tag mehrere Beratungen. Wie verhinderst du, dass du ausbrennst?

Durch Selbstfürsorge und Achtsamkeit. Nicht nur im Umgang mit den KlientInnen und dem Team, sondern auch mir selbst gegenüber. Das bedeutet für mich, dass ich mir in meiner Freizeit auch einmal erlaube, gar nichts zu machen, um meine Seele wieder in Balance zu bringen. Die Sozialarbeit kann dich auffressen, wenn du nicht aufpasst, heisst es. Deshalb muss man sich Zeitfenster schaffen, in denen man sich erholen kann. Mein Kalender ist oft voll mit Beratungsterminen. Es braucht eine bewusste Entscheidung, um sich diese Freiräume zu nehmen.

Glossar

AKB	Arbeitslosenkomitee Basel, gegründet 1984
Beschäftigungsmassnahmen	Vor der Einführung flächendeckender Beschäftigungsprogramme der Arbeitslosenversicherung 1996 gab es auf kantonaler Ebene einzelne Programme zur Bekämpfung von Erwerbslosigkeit. In Basel bot der Kanton sogenannte Notstandsstellen an.
BIGA	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, heute integriert ins SECO, Staatssekretariat für Wirtschaft
Drei-Kreise-Modell	Eingeführt 1991: Freizügigkeit im Personenverkehr im 1. Kreis, EU und EFTA. Im mittleren Kreis, USA, Kanada, Australien, Neuseeland, kann eine begrenzte Zahl von Arbeitskräften rekrutiert werden. Aus dem 3. Kreis, „dem Rest der Welt“ werden grundsätzlich keine Arbeitskräfte zugelassen (ausser hochqualifizierten Fachkräften). 1998/99 abgelöst von einem dualen Zulassungssystem für ausländische Arbeitskräfte: Arbeitskräfte aus EU/EFTA-Ländern werden prioritär zugelassen, soweit keine inländischen Arbeitskräfte verfügbar sind. Arbeitskräfte aus Nicht EU/EFTA -Ländern werden zugelassen, wenn sie qualifiziert sind und besondere Gründe eine Ausnahme rechtfertigen. Es besteht eine Kontingentierung.
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum: Freihandelszone zwischen der EU und der EFTA. Die Schweiz hat in einem Referendum 1992 den Beitritt abgelehnt.
IGA	Interprofessionelle Gewerkschaft der prekär Arbeitenden, der Temporär-, im Zwischenverdienst, auf Abruf und in mehreren Teilzeitjobs gleichzeitig Arbeitenden. Gegründet 1989.
Industriepfarramt	Heute Pfarramt für Industrie und Wirtschaft BS/BL Das oekumenische Pfarramt versteht sich als Brückenbauer zwischen Kirche und Wirtschaft//Arbeitswelt. Seit den Anfängen im Vorstand der Kontaktstelle vertreten.
Notstandsarbeit, Notstandsstellen	Siehe Beschäftigungsmassnahmen
RAV	Regionales Arbeitsvermittlungszentrum. Eingeführt mit der Revision der Arbeitslosenversicherung von 1996

In der Woche vom 13.-19. April wurde die Vorbereitungsgruppe AKB eine Stande bis 1000 Arbeitslose in Basel-Stadt einladen sollen. Der Einladung zur Gründung achtzig in- und ausländische Arbeiter. In einem einleitenden Referat wurde die Arbeitslosigkeit dargestellt. Vor allem, dass für eine wirksame Interessenvertretung Fremdenfeindlichkeit, die nicht nur in der Schweiz ist, entgegengetreten werden muss.

Als wesentlich für die Arbeit wurden folgende Punkte zur Diskussion:

- Schaffung einer unabhängigen Stelle auf dem Arbeitsmarkt
- ⊖ Fremdsprachige Formulare
- Information über und Aufklärung
- Information über und Aufklärung und Weiterbildung.
- offenerer Informationspolitik
- ⊖ Infragestellung der 5%ige
- ⊖ Infragestellung der Pflichtbewerbungsnachweis.
- ⊖ Stempelurlaub für arbeitende Schulferien.

Als Sofortmassnahme für die jetzige Situation verabschiedet (beiliegend)

Zur Ausarbeitung der grundlegenden folgende Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe:

Arbeitslose Ausländer: Di

Um- und Weiterbildung: Mi